

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2006-2010

Antrag:

Vom Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2006-2010 des Stadtrates von Winterthur wird Kenntnis genommen.

Weisung:

1. Ausgangslage

Nach dem Amtsantritt am 1. Mai 2006 legte der Stadtrat als politisches Programm die Schwerpunkte für die vierjährige Legislaturperiode fest und unterbreitete sie dem Grossen Gemeinderat und der Öffentlichkeit. Das Stadtparlament nahm am 30. Oktober 2006 davon Kenntnis. Mitte der Amtszeit, im September 2008, zog der Stadtrat eine Zwischenbilanz und stellte fest, dass er in der Umsetzung seines Legislaturprogramms gut unterwegs ist. Im Hinblick auf das Ende der Amtsperiode hat der Stadtrat nun eine Gesamtbeurteilung über die Zielerreichung vorgenommen.

2. Gesamtbeurteilung

Der Stadtrat hat auf vielen Gebieten die Ziele erreichen können, die er sich gesteckt hatte. Winterthur hat sich in den vergangenen vier Jahren, trotz eines zuletzt schwierigeren wirtschaftlichen Umfelds, positiv entwickelt. Die Attraktivität der Stadt als Lebens- und Arbeitsort nahm weiter zu. Dabei ist es gelungen, die traditionellen Qualitäten zu erhalten. Die Winterthurerinnen und Winterthurer leben sehr gerne in ihrer Stadt und schätzen die gebotene Lebensqualität. Die Beachtung von Winterthur ist deutlich grösser und das Image besser geworden. Der Stadtrat kann für sich in Anspruch nehmen, diese erfreuliche Entwicklung massgeblich mitzuverantworten. Er hat in seinen Schwerpunktbereichen gezielt Massnahmen ergriffen, die sich positiv ausgewirkt haben. Dort, wo der Stadtrat nicht selbst umsetzen kann, hat er sich für wirksame Partnerschaften mit anderen Akteuren engagiert.

3. Detailbericht (Beilage)

In der Beilage erstattet der Stadtrat detailliert Bericht zu den Legislatorschwerpunkten 2006-2010.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Stadtpräsidenten übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber

A. Frauenfelder

Beilage:

- Bilanz Legislatorschwerpunkte



**STADTRAT WINTERTHUR
LEGISLATURSCHWERPUNKTE
2006–2010 | BILANZ 2010**

Bilanz 2010

Einleitung und generelle Einschätzung

Positive Entwicklung der Stadt	2
--------------------------------	---

Die Schwerpunkte

Wirtschaft und Finanzen	4
Kultur und Bildung	5
Solidarität und Sicherheit	6
Siedlung und Umwelt	7

Vorhaben von hoher Bedeutung

Aufwertung Stadtzentrum	9
Förderung Entwicklungsgebiet Neuhegi	10
Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte	10
Ausgeglichener Finanzhaushalt	11
Sicherheit in der Stadt	12
Regionales Kompetenzzentrum Winterthur	13
Verkehr bewältigen	14
Energiestadt und Klimaschutz	15
Umsetzung der Wohnungspolitik	16
Entwicklungsimpuls Töss	17
Immobilienmanagement	18
Chancengleichheit in der Bildung	19
Perspektiven für die Jugend	19
Soziale und berufliche Integration	20
Altersplanung	21
Natur- und Erholungsräume aufwerten	22
Kulturmeile Winterthur	23
Stadtlicht Winterthur	23
Kundenorientierte Verwaltung	24
Effizientes Management	25
Nachhaltiges Denken und Handeln	26

Einleitung und generelle Einschätzung

Positive Entwicklung der Stadt

Der Stadtrat hat auf vielen Gebieten die Ziele erreichen können, die er sich gesteckt hatte. Winterthur hat sich in den vergangenen vier Jahren, trotz eines zuletzt schwierigeren wirtschaftlichen Umfelds, positiv entwickelt. Das belegen diverse Berichte und Befragungen. Einige Vorhaben, die nicht zum gewünschten Resultat geführt haben, werden in der nächsten Legislatur weiterverfolgt.

Der Stadtrat hat im Juli 2006 die Legislatorschwerpunkte 2006–2010 vorgelegt. Sie umfassen vier Schwerpunkte und 21 Vorhaben von hoher Bedeutung. Im hier vorliegenden Bericht zieht der Stadtrat zuhanden der Öffentlichkeit und für die interne Kontrolle eine Bilanz. Der Bericht umfasst eine Auswahl von Tätigkeiten und Entwicklungen in Bezug auf die Legislatorschwerpunkte. Er stellt keine Gesamtschau aller Tätigkeitsfelder dar, in denen sich der Stadtrat engagiert hat. Als umfassende Rechenschaftsberichte dienen die jährlichen Geschäftsberichte.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich Winterthur in den letzten vier Jahren erfreulich entwickelt hat. Die Attraktivität der Stadt als Lebens- und Arbeitsort nahm weiter zu. Winterthur hat im Juli 2008 mit einer Bevölkerungszahl von 100'000 die Schwelle zur Grossstadt überschritten. Die Winterthurerinnen und Winterthurer leben sehr gerne in ihrer Stadt und schätzen die gebotene Lebensqualität, die sich insbesondere für die junge Bevölkerung in den letzten zwei Jahren verbessert hat. Das zeigen die Bevölkerungsbefragungen von 2007 und 2009.

Winterthur ist schweizweit mehr beachtet und positiver bewertet worden. In zahlreichen Studien und Vergleichen hat Winterthur sehr gut abgeschnitten, das Image der Stadt ist deutlich besser geworden, und ihre spezifischen Bedürfnisse werden in übergeordneten Gremien vermehrt zur Kenntnis genommen.

Die Attraktivität der Stadt zeigt sich daran, dass in den letzten vier Jahren rund 2'000 neue Wohnungen entstanden sind. Trotzdem herrscht nach wie vor Wohnungsknappheit in allen Segmenten. Neben günstigem Wohnraum, der in Winterthur nach wie vor überdurchschnittlich vorhanden ist, und neuen Angeboten für ältere Menschen und Studierende sind auch neue Einheiten für mittlere oder höhere Ansprüche entstanden. Letztere sind wichtig, um die Abwanderung in Regionsgemeinden zu verhindern.

Der Aufschwung ist auch ablesbar an einem starken Wachstum der Arbeitsplätze. Die Anzahl Arbeitsplätze nahm von 2005 bis 2008 um 8,7 Prozent auf 56'357 zu. Das ist mehr als im schweizerischen Durchschnitt. Winterthur hat 2008 somit wieder in etwa gleich viele Arbeitsplätze angeboten wie vor der Industriekrise in den 90er-Jahren. Die wirtschaftliche Baisse in der zweiten Legislaturhälfte dürfte dazu geführt haben, dass im Verlauf von 2009 einige Arbeitsplätze wieder verschwunden sind. Die Krise hat sich aber weit weniger stark auf Winterthur ausgewirkt als diejenige in den 90er-Jahren, weil die Stadt heute eine ausgewogenere Wirtschaftsstruktur aufweist.

Der Stadtrat kann für sich in Anspruch nehmen, die erfreuliche Entwicklung massgeblich mitzuverantworten. Er hat in seinen Schwerpunktbereichen gezielt Massnahmen ergriffen, die sich positiv ausgewirkt haben, wie auch die Bevölkerungsumfragen belegen. Dort, wo der Stadtrat nicht selbst umsetzen kann, hat er sich für wirksame Partnerschaften mit anderen Akteuren engagiert. Trotz der Dynamik ist es gelungen, die traditionellen Qualitäten und den Charme der Stadt zu erhalten und die Integration aller Gesellschaftsschichten weiterhin zu garantieren oder voranzutreiben. Der Stadtrat hat Hilfsangebote zur Stärkung von schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft bedarfsgerecht um- und ausgebaut.

Mit Erfolg vorangetrieben wurde die Entwicklung auf den ehemaligen Industriearealen in der Stadtmitte und in Neuhegi, wo heute eine beeindruckende gestalterische Ener-

gie festzustellen ist, die weit über Winterthur ausstrahlt. Im Sulzerareal Stadtmitte haben sich die geschaffene Planungssicherheit und das pragmatische Vorgehen als Erfolgsmodell erwiesen. Auf dem Areal entsteht ein spannender Mix aus Gewachsenem und Neuem. Ausserdem konnte die Stadt sicherstellen, dass weiterhin Nischen für Kreatives vorhanden sind.

Ein grosser Schritt in die Zukunft wurde mit dem Masterplan Stadtraum Bahnhof gemacht. Für die städtischen Teilprojekte hat die Stimmbevölkerung 2009 in beeindruckender Weise einen Rekordkredit gesprochen. Dank dem Vorhaben rücken Stadtquartiere näher zusammen und die Stadt erfährt eine markante Aufwertung in Bezug auf die Stadtgestaltung und den langsamen und öffentlichen Verkehr.

Die gute Verkehrsanbindung der Stadt ist zwar nach wie vor ein Standortvorteil, die städtische Verkehrspolitik steht aber vor anspruchsvollen Aufgaben. Indem der Bund 2008 beschlossen hat, statt auf eine Südostumfahrung auf einen Ausbau der Autobahnumfahrung zu setzen, fiel das tragende Element des regionalen Gesamtverkehrskonzeptes aus dem Jahre 2005 weg. Die Stadt hat deshalb gemeinsam mit dem Kanton die Arbeiten für ein neues städtisches Gesamtverkehrskonzept aufgenommen. Es wird die Basis bilden für die Eingabe von Projekten in die nächste Runde des Agglomerationsprogramms. Die Bewältigung des Verkehrs wird in den nächsten Jahren weiterhin ein zentrales Thema für die Stadtregierung sein.

Der Stadtrat hat sich in dieser Legislatur als gutes Team erwiesen. Die Zusammenarbeit war intensiv und konstruktiv. Obwohl innerhalb des Gremiums immer wieder auch heftig um Lösungen gerungen wurde, haben sich die Mitglieder anschliessend kollegial hinter die gefällten Mehrheitsentscheide gestellt. Der Stadtrat konnte sich auch auf kompetente, engagierte und dienstleistungsorientierte Verwaltungsmitarbeitende verlassen. Die 2008 erstmals durchgeführte umfassende Personalbefragung hat ergeben, dass die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer Arbeitssituation sehr zufrieden sind.

Die Schwerpunkte

Wirtschaft und Finanzen

Die wirtschaftliche Grosswetterlage der vergangenen vier Jahre zeigte zwei völlig unterschiedliche Phasen. Bis 2008 verzeichnete die Schweizer Wirtschaft hohe Wachstumsraten. Im Zuge der weltweiten Finanzkrise brach die Konjunktur dann aber ein und durchlief 2009 eine tiefe Rezession. Neben dem Finanzsektor wurde vor allem auch die Exportindustrie hart getroffen, während sich eher binnenorientierte Branchen wie die Bauwirtschaft vergleichsweise gut halten konnten. Für 2010 wird eine allmähliche Erholung prognostiziert.

Die Wirtschaft in Winterthur machte diese Entwicklung mit. Zwischen 2005 und 2008 wuchs die Anzahl Arbeitsplätze in der Stadt um rund 4500 auf 56'357 und erreichte damit wieder etwa das Niveau von 1991. Das Wachstum lag über dem Schweizer Durchschnitt und umfasste die meisten Branchen. Seit dieser Zählung dürften insbesondere in der Industrie, die in Winterthur am stärksten von der Krise betroffen ist, einige der neuen Stellen wieder verschwunden sein. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt, die zwischenzeitlich auf rund drei Prozent gesunken war, ist wieder auf über fünf Prozent angestiegen und liegt damit deutlich über dem kantonalen Durchschnitt. Der Abbau am Finanzplatz Zürich schlägt sich aufgrund der Pendlerströme auch in den Winterthurer Zahlen nieder.

Die Stabilität der Winterthurer Wirtschaft insgesamt hat sich aber durch die breitere Abstützung auf zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen und unterschiedliche Branchen im Vergleich zu früheren Krisen verbessert. Manche Firmen befassen sich nach wie vor mit Ausbauprojekten, und nicht nur in Wohn-, sondern auch Geschäftsimmobiliengeschäften wird weiter rege investiert. Die vom Stadtrat geförderten Stärken in den Bereichen Hightechindustrie und Engineering, Versicherungen, Gesundheit, Bildung und Innovation sowie die Anstrengungen zur Pflege und Bekanntmachung der hohen Standortqualitäten der Stadt kommen zum Tragen. Der Neubau der Firma Stadler Rail, der massive Ausbau der ZHAW oder die Erweiterung des Technoparks sind Beispiele dafür.

Die Steuereinnahmen der Stadt zeigten sich glücklicherweise als sehr krisenresistent. Die Steuererträge wuchsen während dieser Legislatur kontinuierlich insgesamt um 23 Prozent bzw. 67 Millionen Franken (Rechnungen 2006–2009 und Budget 2010). Diese Entwicklung ist vor allem auf die juristischen Personen zurückzuführen. Die gesamten Ausgaben der Stadt sind im gleichen Zeitraum um elf Prozent bzw. um 131 Millionen Franken angestiegen; dies bei einem Bevölkerungswachstum von fünf Prozent. Die stark steigenden Ausgaben können trotz der erfreulichen Steuerentwicklung nicht alleine mit Steuergeldern finanziert werden. Deshalb ist der Finanzausgleich von 96 Millionen Franken auf budgetierte 120 Millionen Franken gestiegen. Der Rest wird durch höhere Entgelte finanziert. Immer wieder werden auch zusätzlich einmalige Erträge wie Buchgewinne von Landverkäufen benötigt, um die zusätzlichen Ausgaben finanzieren zu können.

Auf der Aufwandseite dominieren vor allem zwei Wachstumsbereiche: die soziale Wohlfahrt und die Schule. Beide Bereiche sind stark von den gesellschaftlichen Entwicklungen getrieben und können von der Verwaltung nur beschränkt beeinflusst werden. Nachdem die Kostensteigerung bei der sozialen Wohlfahrt während einiger Jahre abgenommen hat, ist der Druck wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise in jüngster Zeit wieder stark gestiegen. Insgesamt stiegen die Kosten um elf Millionen Franken bzw. knapp 15 Prozent. Im Bereich Schule und Sport vergrösserten sich die Aufwendungen – teilweise als Folge des neuen Finanzausgleichs NFA – um 37 Millionen Franken bzw. 25 Prozent.

Die finanzielle Situation ist somit nach wie vor sehr eng, und die Stadt Winterthur wird vom Finanzausgleich abhängig bleiben. Mit der in Aussicht stehenden Reform des

Finanzausgleichs (REFA), bei welchem die Zentrumslasten mit einem Pauschalbetrag abgegolten würden, hätte die Stadt wieder Aussicht, eine vom Kanton unabhängige Finanzpolitik zu betreiben. Dies ist aber nur möglich, wenn die Abgeltung der Zentrumslasten in angemessener Höhe erfolgt. Der Stadtrat setzt sich mit aller Kraft dafür ein.

Siehe auch unter Kapitel Vorhaben von hoher Bedeutung:

- *Ausgeglichener Finanzhaushalt (Seite 11)*
- *Immobilienmanagement (Seite 18)*
- *Effizientes Management (Seite 25)*

Kultur und Bildung

Das kulturelle Angebot von nationalem und internationalem Rang ist eine bedeutende Stärke der Stadt Winterthur. Um das hohe Niveau halten, das Angebot besser vermarkten und neues innovatives Kulturschaffen fördern zu können, hat der Stadtrat den Schwerpunkt "Kulturmeile Winterthur" gesetzt. In diesem Zusammenhang wurde ein Museumskonzept zur optimalen Positionierung der Winterthurer Kunstmuseen ausgearbeitet. Der Stadtrat hat im Juni 2009 den Konzeptbericht zur Kenntnis genommen. Als gegenwärtig umsetzbar erwiesen haben sich der Ausbau der Villa Flora und die Übertragung ihres Museumsbetriebs an den Kunstverein. Ein weiteres Element der "Kulturmeile" ist die Sanierung und Erweiterung des Museums- und Bibliotheksgebäudes, welche 2008 begonnen hat und bis Herbst 2010 abgeschlossen sein wird.

In Bezug auf innovatives Kunstschaffen unterstützt die Stadt zum Beispiel Festivals wie die Internationalen Kurzfilmtage Winterthur oder Projekte der freien Szene. Von wachsender Bedeutung ist die Kulturvermittlung. Das museumspädagogische Angebot wurde auf Wunsch des Gemeinderats und aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage ausgebaut. Neu eingeführt wurde ein theaterpädagogisches Angebot, sodass nun neben der erwähnten Museumspädagogik und der ebenfalls bereits vorhandenen Musikvermittlung und Leseförderung für alle kulturellen Sparten ein Vermittlungsangebot für Kinder und Jugendliche besteht.

Die Bildungsstadt Winterthur gewinnt laufend an Attraktivität. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW ist mit aktuell rund 7000 Studierenden – wovon über 5'000 in Winterthur – in insgesamt 25 Bachelor- und sechs Masterstudiengängen eine der grössten und leistungsstärksten Mehrsparten-Fachhochschulen der Schweiz und hat eine nationale und internationale Ausstrahlung. Die msw-winterthur (Metallarbeiterschule) sorgte für Aufsehen über die Stadtgrenzen hinaus, indem ihre Lernenden mehrere internationale Berufspreise gewannen, zuletzt den ersten Preis im Nachwuchsfördererwettbewerb der Automationsbranche im September 2009. Die msw-winterthur nutzt in der Ausbildung gezielt die Vorteile fachübergreifender Zusammenarbeit und kann sich so erfolgreich mit ihren Produkten am Markt etablieren.

Die Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen Anbietern wird nicht nur in der Berufsausbildung gepflegt. Auch für die Förderung der Kleinsten bewährt sich diese Kooperation: Das im April 2009 veröffentlichte Konzept "Frühförderung in Winterthur" ist die Grundlage dafür, dass private, städtische und kantonale Stellen gemeinsam Kinder aus benachteiligten Verhältnissen schon im Vorschulalter unterstützen. Ziel ist, im Sinne der Chancengerechtigkeit den Kindern einen erfolgreichen Start in die Kindergarten- und Schulzeit zu ermöglichen.

Sowohl in der Volksschule als auch bei der Berufsvorbereitung finden grosse Veränderungsprozesse statt. Die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, der Eltern und der Lehrstellenanbietenden stehen dabei im Vordergrund. In der Volksschule konnte dank grosser Unterstützung durch verschiedene städtische Fachstellen der Veränderungsprozess von einer separativen zu einer integrativen Ausrichtung erfolgreich gestartet werden. Mit einer integrativen Ausrichtung werden heterogene Klassen zur Normalität. Das führt dazu, dass Kinder mit grösserer Selbstverständlich-

keit individuell gefördert werden. Der Prozess wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Die Reform der Sekundarstufe mit gezielter Vorbereitung auf die Berufsausbildung ist ein kantonales Schulreformprojekt, an dem die Sekundarstufe Oberwinterthur teilnimmt. Als Folge des Projekts Töss wurde ein städtischer Lehrstellenförderer eingesetzt, welcher die Privatwirtschaft und die Verwaltung motiviert und unterstützt, insbesondere Berufsattest-Lehrstellen (früher Anlehren) zu schaffen.

Das Ziel der Chancengerechtigkeit für sozial Benachteiligte wird weiterhin auf allen Stufen mit hoher Priorität angestrebt. Sie verbessert die soziale Integration, ermöglicht den Weg in qualifizierte Berufsausbildungen und trägt massgebend zu einer funktionierenden Gesellschaft bei.

Siehe auch unter Kapitel Vorhaben von hoher Bedeutung:

- *Chancengleichheit in der Bildung (Seite 19)*

- *Perspektiven für die Jugend (Seite 19)*

- *Kulturmeile Winterthur (Seite 23)*

Solidarität und Sicherheit

Im Rahmen des Projektes "Mercur" ist die Drogen- und Alkoholikerszene beim Musikpavillon aufgelöst worden, und die auswärtigen Dealer konnten weitgehend aus der Stadt gedrängt werden. Der Platz wurde mit einer alternativen Nutzung neu belebt und ist wieder für alle zugänglich. Am 29. November 2009 hat die Stimmbevölkerung einen Umbaukredit für die Verlegung der Anlaufstelle für Randständige DAS an die Zeughausstrasse 76 mit 62 Prozent Ja-Stimmen bewilligt. Das Resultat ist als eindrucklicher Solidaritätsbeweis zu werten. Das gleiche gilt für den Ausbau des niederschweligen Angebots des Vereins Läbesruum, der von der Stimmbevölkerung am 17. Juni 2007 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 81 Prozent gutgeheissen wurde.

Prävention und Integration helfen, soziale Probleme abzuschwächen oder zu verhindern. In diesem Sinne wurden Projekte zur beruflichen Integration von Jugendlichen (z.B. neue Ausbildungsplätze im Restaurant Römerpark), zur Arbeitsintegration von Erwerbslosen (rund 120 Teillohnarbeitsplätze für Sozialhilfebeziehende) und zur sozialen Integration von Randständigen aktiv umgesetzt. Die Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung und mit privaten Akteuren konnte intensiviert werden. Auch die Zusammenarbeit mit Freiwilligen, vor allem im sozialen Bereich, wurde gestärkt und besser koordiniert.

Betagte Menschen sollen differenzierte Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten haben. Mit der Anpassung des Angebots in den Alterszentren können betagte Menschen nun im gleichen Zimmer bleiben, auch wenn sie pflegebedürftig werden. Gleichzeitig kann so das Angebot an Pflegeplätzen ausgeweitet werden. Der Erfolg zeigt sich an der stark gesunkenen Zahl von pflegebedürftigen Menschen, die in auswärtigen Heimen platziert werden müssen. Mit der Integration der Haushilfe in die Spitex wird nun das ganze ambulante Angebot aus einer Hand bereitgestellt. Gleichzeitig wurde das Angebot an Spitexleistungen ausgebaut, wodurch dem Grundsatz "ambulant vor stationär" noch mehr Gewicht verliehen wird.

Winterthur zählt schweizweit nach wie vor zu den sichersten Städten, wie kriminalstatistische Auswertungen der vergangenen Jahre zeigen. Die Stadtpolizei trägt entscheidend zu diesem erfreulichen Resultat bei. Mit dem kontinuierlichen Bevölkerungswachstum steigen die Anforderungen an die polizeiliche Tätigkeit. Eine besondere Herausforderung ist die Koordination der zahlreichen und teilweise sehr unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den öffentlichen Raum.

Die Stadtpolizei reagierte auf diese Entwicklungen mit der Schaffung der Hauptabteilung Ermittlungen. Mit einer Fahndungs-, Ermittlungs- und einer Spezialgruppe kann sie zudem die neu hinzugekommenen Aufgaben aus dem kantonalen Polizeiorganisationsgesetz wahrnehmen. Besonders rund um den Hauptbahnhof sowie in Mattenbach und Töss wurde die Präsenz erhöht. Dies konnte unter anderem mit der Einfüh-

rung von Fuss- und Bike-Patrouillen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Konzepts Siwis (Sichere Winterthurer Innenstadt) erreicht werden. Die Polizei setzt nun wechselweise statische und mobile Elemente ein und tritt sowohl sichtbar als auch verdeckt auf. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung sind durchwegs positiv, und eine Intensivierung dieser neuen Form von Polizeipräsenz ist absehbar.

Mit der Erweiterung des polizeilichen Jugenddienstes und der Organisation einer Fachstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt reagierte die Stadtpolizei spezifisch auf Formen von Gewalt, deren Bekämpfung besonders anspruchsvoll ist. Ein zentrales Anliegen ist auch die Sicherheitsprävention. Die Stadtpolizei unterstützte und lancierte zahlreiche Präventionskampagnen wie z.B. "StattGewalt" zur Förderung der Zivilcourage.

Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Rettungsdienst und Stadtwerk sind unter dem Dach des Bevölkerungsschutzes Partnerorganisationen, welche bei Grossereignissen und Katastrophen eng zusammenarbeiten. Am ersten Sicherheitstag vom 18. April 2009 konnten diese Organisationen der Öffentlichkeit demonstrieren, dass sie für den Notfall gerüstet sind.

Siehe auch unter Kapitel Vorhaben von hoher Bedeutung:

- Sicherheit in der Stadt (Seite 12)
- Perspektiven für die Jugend (Seite 19)
- Soziale und berufliche Integration (Seite 20)
- Altersplanung (Seite 21)

Siedlung und Umwelt

Der Stadtrat hat vielfältige Massnahmen ergriffen, um die Stadt qualitativ weiterzuentwickeln. Im Rahmen der Aufwertung des Stadtzentrums wurden die privaten und öffentlichen Teilprojekte in der Masterplanung Stadtraum Bahnhof zusammengefasst. Am weitesten fortgeschritten ist das private Projekt für die Überbauung des Milchküchenareals. Im Zusammenhang mit dem privaten Umbau des Kesselhauses wird die erste Etappe des Projekts "Gleisquerung" fertiggestellt. Die Baubewilligung für das Archareal wurde erteilt, und das Bauprojekt für dessen Erschliessung wurde genehmigt.

Ein äusserst wichtiger Meilenstein konnte am 17. Mai 2009 erreicht werden. Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 67 Prozent genehmigte die Stimmbevölkerung einen Rahmenkredit von 84 Millionen Franken für die etappenweise Umsetzung der Teilprojekte "Gleisquerung Stadtmitte zweite Etappe", "Rudolfstrasse", "Verkehrskonzept Neuwiesen", "Bahnhofplatz Süd", "Personenunterführung Nord" und "Veloquerung".

Für verschiedene Stadtgebiete, Quartiere und Areale sind unter Einbezug der Bewohnerinnen und Bewohner Entwicklungsplanungen angegangen worden. Zu nennen sind die Gebiete Töss und Oberwinterthur, das Lagerplatzareal und der Superblock im Sulzerareal Stadtmitte sowie das Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher.

Im Bereich Verkehr wurden verschiedene Verbesserungen erzielt und dort, wo die Zuständigkeit nicht bei der Stadt liegt, die Anstrengungen für Lösungen im Interesse von Winterthur intensiviert. In den Wohnquartieren wurde die Realisierung von Verkehrsberuhigungsmassnahmen kontinuierlich weitergeführt. Ende 2008 hat der Stadtrat zudem verkehrspolitische Leitsätze zur Bewältigung des zukünftigen Verkehrs beschlossen.

Im regionalen Gesamtverkehrskonzept 2005 war die Südostumfahrung ein zentrales Element. Verschiedene regional geplante Entlastungen hätten die Umfahrungslösung ergänzt. Im Rahmen der Vernehmlassung des Bundesrates Anfang 2009 musste der Stadtrat zur Kenntnis nehmen, dass diese zentralen Infrastrukturprojekte in den übergeordneten Programmen (Agglomerationsprogramm und Programm zur Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz) nicht aufgenommen oder zurückgestellt wurden. Deshalb hat die Stadt zusammen mit dem Kanton Zürich die Arbeit an einem neuen städtischen Gesamtverkehrskonzept aufgenommen.

Das Entwicklungsgebiet Neuhegi wurde mit der Inbetriebnahme der S-Bahn-Station Hegi und dem Ausbau des Stadtbusnetzes besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. In der Stadt hat man verschiedene Projekte für die Busbevorzugung umgesetzt. Am 27. September 2009 hat die Stimmbevölkerung den Kredit für die Velo-Verbindung zwischen Turmhaldenstrasse und Frobergstrasse und damit zu einer Schliessung einer wichtigen Radweglücke angenommen.

Damit Winterthur nicht übermässig mit Fluglärm belastet wird, setzt sich die Stadt als Gründungsmitglied in der Behördenorganisation "Region Ost" ein. Diese umfasst 86 Städte und Gemeinden und wird vom Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt präsidiert. Sämtliche Varianten des Flughafenbetriebs, die mit Pistenverlängerungen und einer verstärkten Ostausrichtung des Flugbetriebs verbunden sind, werden auch auf dem Rechtsweg bekämpft.

In Winterthur sind in den letzten vier Jahren rund 2000 neue Wohnungen entstanden. Mittel- und langfristig gilt es, die Erneuerung des Bestands an die Hand zu nehmen. Die Stadt hat sich auch im Bereich der Alterswohnungen engagiert und mit einer Genossenschaft erste Projekte umgesetzt. Die Zahl der Wohnungen für Studierende hat in den letzten vier Jahren deutlich zugenommen.

Der Umweltbericht 2009 zieht hinsichtlich der Umweltentwicklung in Winterthur eine gemischte Bilanz. Einerseits bleibt die Verkehrsentwicklung und die damit verbundene Lärm- und Luftschadstoffbelastung eine grosse Herausforderung. Andererseits nimmt die Stadt eine aktive Rolle in der Energie- und Klimapolitik ein. Ihre Bemühungen zeigen Erfolg, sodass Winterthur als eine von nur 14 Schweizer Gemeinden mit dem European Energy Award Gold ausgezeichnet worden ist. Zudem zeichnet sich Winterthur durch einen sorgsamen Umgang mit dem Wasser aus und fördert erfolgreich die biologische Vielfalt in der Land- und Forstwirtschaft.

Siehe auch unter Kapitel Vorhaben von hoher Bedeutung:

- *Aufwertung Stadtzentrum (Seite 9)*
- *Förderung Entwicklungsgebiet Neuhegi (Seite 10)*
- *Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte (Seite 10)*
- *Verkehr bewältigen (Seite 14)*
- *Energiestadt und Klimaschutz (Seite 15)*
- *Umsetzung der Wohnungspolitik (Seite 16)*
- *Entwicklungsimpuls Töss (Seite 17)*
- *Natur- und Erholungsräume aufwerten (Seite 22)*
- *Nachhaltiges Denken und Handeln (Seite 26)*

Vorhaben von hoher Bedeutung

Aufwertung Stadtzentrum

Im Rahmen der Aufwertung des Stadtzentrums wurden die privaten und öffentlichen Teilprojekte in der Masterplanung Stadtraum Bahnhof zusammengefasst. Zur Masterplanung fanden vier Forumsveranstaltungen statt. Mit der Fertigstellung der Teilprojekte "Gleisquerung erste Etappe", "Kesselhaus", "Bahnhofplatz Nord" und "Stellwerk RailCity" inklusive Velostation werden die Anstrengungen des Stadtrates zur Aufwertung des Stadtzentrums sichtbar werden.

Am weitesten fortgeschritten ist das Projekt für die Überbauung des Milchküchenareals. Im Mai 2006 hat der Grosse Gemeinderat dem privaten Gestaltungsplan Milchküche zugestimmt und den Kredit für die Velostation genehmigt. Der Neubau der SBB (Stellwerk RailCity) wird voraussichtlich im Frühjahr 2010 bezugsbereit sein. Im Untergeschoss wird die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte eine städtische Velostation mit 800 Veloabstellplätzen (170 mehr als vorher) betreiben. Mit der Umgebung des neuen Gebäudes wird gleichzeitig der Bahnhofplatz Nord erneuert und umgestaltet, was neben einer städtebaulichen Aufwertung auch zusätzliche Haltestellen für Stadtbus Winterthur bringt.

Im Sommer 2008 wurde mit dem Umbau des Kesselhauses begonnen. Im Zusammenhang mit diesem privaten Vorhaben wird die erste Etappe des Projekts "Gleisquerung" gebaut. Der Bahnmeisterweg wird aufgefüllt und der Vorplatz neu gestaltet. Der Kredit dafür wurde vom Grossen Gemeinderat im September 2008 bewilligt. Im Frühjahr 2010 ist der Abschluss der Bauarbeiten geplant. Damit ist auch die Eröffnung des umgebauten Kesselhauses im Herbst 2010 sichergestellt.

Die Baubewilligung für das Archareal wurde erteilt. Den Kredit für die neue Verkehrsführung und die Umgebungsgestaltung hat der Grosse Gemeinderat im Februar 2009 bewilligt.

Im Dezember 2008 wurde das Resultat des öffentlichen Projektwettbewerbs für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Süd präsentiert. Das Siegerprojekt "in between" sieht ein grosses, lichtdurchlässiges Dach vor. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Überdachung mit einer einzigen Stütze auskommt und damit die grossen Fussgängerströme kaum behindert.

Am 17. Mai 2009 hat die Stimmbevölkerung mit 67 Prozent Ja-Stimmen den Rahmenkredit von 84 Millionen Franken für den Stadtraum Bahnhof genehmigt. Enthalten darin sind die etappenweise Umsetzung der Teilprojekte "Gleisquerung Stadtmitte zweite Etappe", "Rudolfstrasse", "Verkehrskonzept Neuwiesen", "Bahnhofplatz Süd", "Personenunterführung Nord" und "Veloquerung". Mit dem Rahmenkredit kann der Schwung für das übergeordnete Ziel aufrechterhalten werden, nämlich die koordinierte und dringliche Aufwertung des gesamten Stadtraums Bahnhof sowie die überfällige Verbesserung der Verbindung verschiedener Stadtteile.

Für die Weiterbearbeitung der einzelnen Teilprojekte sowie die Weiterführung der Planungs- und Projektierungscoordination Masterplanung Stadtraum Bahnhof hat der grosse Gemeinderat im September 2009 einen Projektierungskredit von 5,7 Millionen Franken aus dem Rahmenkredit bewilligt.

Im Rahmen des Projekts "Merkur" ist zur Aufwertung des öffentlichen Raums rund um den Musikpavillon und des Stadtparks mit Beteiligung der betroffenen Grundeigentümer und umliegenden Gewerbebetriebe eine Testplanung durchgeführt worden. Sobald der Schlussbericht vorliegt, kann die Projektevaluation in Angriff genommen werden.

Für die gestalterische Aufwertung der Altstadt wurde unter Einbezug der Jungen Altstadt, Gastro Winterthur und des Bewohnerinnen- und Bewohnervereins Altstadt ein

Leitfaden erarbeitet. Seit der Inkraftsetzung hat sich die Aufenthaltsqualität in der Altstadt massgeblich verbessert.

Förderung Entwicklungsgebiet Neuhegi

Der Stadtrat hat im Juni 2007 die Entwicklungsstrategie für das Gebiet zwischen den drei Bahnhöfen Grüze, Hegi und Oberwinterthur verabschiedet. Im Sommer 2009 hat er das bisherige Entwicklungsgebiet Oberwinterthur in Neuhegi umbenannt. Damit wurde ein wichtiges Zeichen dafür gesetzt, dass der entstehende Stadtteil trotz unterschiedlicher Nutzungsschwerpunkte eine gesamthafte, eigenständige Identität aufbauen soll.

Neuhegi entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Die Nullenergie-Wohnüberbauung mit 132 Wohnungen wurde 2007 fertig gestellt. Zwei Überbauungen mit gesamthafte rund 270 Wohnungen auf dem Areal der ehemaligen Sulzer-Giessereihalle befinden sich im Bau. Für ein Mehrgenerationenhaus mit rund 150 Wohnungen, das die Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen auf der benachbarten Parzelle realisieren will, besteht ein aus einem Wettbewerb hervorgegangenes Siegerprojekt. Westlich der Seenerstrasse erfolgt der Neubau des Drehgestellzentrums von Stadler Rail.

Parallel zu den privaten Bauvorhaben wird die Realisierung der öffentlichen Infrastrukturen vorangetrieben. Die Bauarbeiten an der zweiten Etappe des Eulachparks sind im Gange, und der in der ersten Etappe bereits realisierte Teil des Parks mit der renaturierten Eulach wird rege genutzt. Der grundlegend überarbeitete Rahmenplan ist weitgehend fertiggestellt, nach der Genehmigung durch den Stadtrat wird damit eine gute Grundlage für die koordinierte städtebauliche Entwicklung Neuhegis zur Verfügung stehen.

Die Landverhandlungen für das Schulhaus Neuhegi konnten erfolgreich abgeschlossen werden, der Antrag für einen Projektierungskredit liegt dem Grossen Gemeinderat vor. Damit ist die Voraussetzung dafür geschaffen, dass an einem sowohl für Neuhegi wie für Hegi idealen Standort ein Schulhaus geplant werden kann.

Die Projektierungsarbeiten für die Umnutzung der Halle 710 zu einem künftigen Quartiertreffpunkt sind beendet. Mit einer multifunktionalen Halle werden die Bedürfnisse aus dem wachsenden Stadtteil abgedeckt werden können. Auch die Verkehrsinfrastruktur wird weiter ausgebaut, so liegt das Ausführungsprojekt für den Ausbau der Sulzer-Allee West vor.

Die Planungen im Umfeld der Stationen Grüze und Hegi kommen gut voran. Ihnen wird bei der Nutzung des Erschliessungspotenzials des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs eine grosse Bedeutung zukommen. Für die Umgebung der Station Grüze wird auf der Basis einer städtebaulichen Studie ein gemeinsamer Wettbewerb mit privaten Grundeigentümern vorbereitet. Damit besteht Gewähr, dass für die angestrebte attraktive Gestaltung der Bahnhof-Nordseite und die Verknüpfung mit Neuhegi eine zweckmässige Lösung gefunden wird. Für das Gebiet um die Station Hegi wurde ein Gesamtkonzept erarbeitet, welches eine attraktive städtebauliche Anbindung der Station an das Entwicklungsgebiet ermöglicht.

Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte

Die Umnutzung des ehemaligen Industrieareals kommt weiter voran, die Hälfte wird bereits neu genutzt; die Firma Sulzer hat 70 Prozent des Areals verkauft. Das Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen ZAG und die Erweiterung des Technoparks sind bezogen, das Einkaufscenter Lokwerk wurde eröffnet, neben dem Hotel Ibis ist ein Etap-Hotel mit 84 Zimmern im Bau. Ende 2010 soll der Kopfbau des Areals, das Kesselhaus, eröffnet werden.

Das Lagerplatzareal hat Sulzer an die Stiftung Abendrot aus Basel verkauft, eine Pensionskasse, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet hat und das Areal mit ähnli-

chen Absichten wie das ihr gehörende Gundeldingerfeld in Basel bewirtschaften will. Damit ist der Weiterbestand der bestehenden Nutzungen vorläufig gesichert. Die zukünftige Nutzungsstrategie wird in enger Zusammenarbeit mit der Mieterschaft erarbeitet. Vorgängig hat die Stadt zusammen mit Sulzer und der Schweizerischen Post ein städtebauliches Leitbild für die längerfristige Entwicklung des Areals formuliert. Dieses diente als Grundlage für einen Gestaltungsplan und die Anpassung der Zonenvorschriften.

Im Bereich des Superblocks besteht seit 2008 ein privater Gestaltungsplan. Auf diesem Areal will der Stadtrat das Vorhaben "Fokus" umsetzen, die Zentralisierung eines Teils der heute an zwei Dutzend Standorten untergebrachten Verwaltungsstellen. Der Superblock würde gemeinsam mit der Axa Winterthur genutzt.

Der Gestaltungsplan für den Bereich der Hallen 52/53 beim Katharina-Sulzer-Platz ist rechtskräftig. Der daran anschliessende, Werk1 genannte Bereich wird im Hinblick auf den definitiven Umzug von Stadler Rail nach Neuhegi ebenfalls im Rahmen einer Testplanung untersucht. Ziel ist auch hier, dass die Grundeigentümerin Sulzer und die Stadt gemeinsam ein städtebauliches Leitbild und, darauf aufbauend, einen Gestaltungsplan erarbeiten. Für das auf der anderen Seite der Zürcherstrasse liegende Areal Werk3 (ehemaliger Standort von Sulzer Innotec) fand ein Investorenwettbewerb statt.

Als zukünftige Herausforderungen stehen an: eine verbesserte Erschliessung des Areals mit dem öffentlichen Verkehr, eine massvolle und funktionale Erschliessung für den privaten Verkehr, die Aufrechterhaltung einer attraktiven Nutzungsdurchmischung, die Stärkung der Erdgeschossflächen, die langfristige Sicherung und Nutzung der integral geschützten Gebäude und die energietechnische Sanierung der bestehen bleibenden Hallen.

Ausgeglichener Finanzhaushalt

Trotz sehr grosser Sparanstrengungen, wie zum Beispiel dem Projekt "Haushaltssanierung 07 (HS07)", kann die Stadt Winterthur aus eigener Kraft keinen ausgeglichenen Finanzhaushalt erreichen. Sie ist einerseits auf den innerkantonalen Finanzausgleich und andererseits auf direkte Subventionen angewiesen. In der vergangenen Legislatur sind die innerkantonalen Finanzausgleichszahlungen angestiegen, die Abhängigkeit vom Finanzausgleich nahm entsprechend zu. Obwohl die gesamten Ausgaben um elf Prozent anstiegen, verharrten die direkten Subventionen auf unveränderter Höhe. Eine Ausnahme stellt der Wegfall von zehn Millionen Franken Bundessubventionen für den Bereich Sonderschulen infolge des neuen Finanzausgleichs des Bundes (NFA) dar.

Das heute geltende System des Finanzausgleichs hat schwerwiegende Mängel. Sparanstrengungen bringen der Stadt keinen direkten finanziellen Nutzen, auch wenn sie erfolgreich sind, wie das in der Vergangenheit die Projekte "win.03" und "HS07" waren. Der Kanton schreibt der Stadt vor, ein Defizit von zehn Prozent des Eigenkapitals zu budgetieren. Wenn die Stadt besser wirtschaftet als budgetiert, wird der Finanzausgleich entsprechend gekürzt. Die Stadt Winterthur kann folglich keine Reserven für die Zukunft anlegen. Zudem kann sie keine solide längerfristige Finanzpolitik betreiben, weil das Hauptaugenmerk immer auf das nächste Budgetjahr gelegt werden muss.

In diese Legislatur fiel der neue Anlauf für eine Reform des Finanzausgleichs im Kanton Zürich (REFA). Der Gesetzesentwurf liegt nun zur Beratung beim Kantonsrat. Der darin für Winterthur vorgesehene Zentrumslastenausgleich ist mit 74,5 Millionen Franken deutlich zu tief angesetzt. Da die Stadt den neuen Finanzausgleich grundsätzlich dem heutigen System vorzieht, wird mit aller Kraft versucht, eine deutliche Erhöhung des Zentrumslastenausgleichs auf 110 Millionen Franken zu erreichen. Sollte dies nicht gelingen, müsste die Stadt wider Willen dem geltenden Recht den

Vorzug geben, da Winterthur mit einem Zentrumslastenausgleich in Höhe von 74,5 Millionen Franken finanziell nicht überlebensfähig ist.

Im Vergleich der Kantons- und Gemeindefinanzen 2008 des Hochschulinstituts für Öffentliche Verwaltung (IDHEAP) erhielt die Stadt Winterthur im Schnitt für die Jahre 2006 bis 2008 die Gesamtnote 5,37 und steht somit nach St. Gallen, Luzern und Bellinzona an vierter Stelle der untersuchten Schweizer Städte.

Sicherheit in der Stadt

Die städtischen Blaulichtorganisationen haben mit Erfolg auf die steigenden und sich laufend verändernden Sicherheitsbedürfnisse der Stadtbevölkerung reagiert; die Stadt Winterthur gehört heute zu den sichersten Städten in der Schweiz. Die Planung für das neue Polizeigebäude wurde vorangetrieben. Eine Machbarkeitsstudie empfiehlt das Gelände des heutigen Werkhofes an der Obermühlestrasse als künftigen Standort. Der Entscheid zur Standortwahl ist noch ausstehend.

Die Stadtpolizei hat ihre Strukturen verschlankt und ihr Wirken an der Front verstärkt. Das Restrukturierungsprojekt WINPOL ist weitgehend abgeschlossen. Die Kostenstruktur ist den Vorgaben einer sparsamen Haushaltsführung angepasst.

Mit mobiler und statischer sowie sichtbarer und verdeckter Arbeit strebt die Stadtpolizei eine zusätzliche Verbesserung der subjektiven wie auch objektiven Sicherheit an. Die neue Hauptabteilung Ermittlungen bekämpft die urbane Kleinkriminalität effizient. Die neuen Fuss- und Bike-Patrouillen sind ausserordentlich beweglich und ermöglichen einen direkteren Kontakt mit der Bevölkerung. Zudem kann der personell verstärkte Jugenddienst vermehrt präventiv arbeiten und dabei auch die Eltern stärker in die Pflicht nehmen.

Durch die Integration in das gesamtschweizerische Funknetz POLYCOM kann die Stadtpolizei intensiver mit ihren Sicherheitspartnern zusammenarbeiten und verfügt über ein zeitgemässes Übermittlungsmittel. Mit der Erneuerung einer mobilen Einsatzzentrale wurde die notwendige Führungsinfrastruktur ergänzt.

Im Interesse der Verkehrssicherheit erneuerte die Stadtpolizei mehrere stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte und erhöhte auch die Anzahl mobiler Geschwindigkeitsmessungen. Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs wird mittlerweile grösstenteils durch ein Privatunternehmen wahrgenommen. Diese Lösung hat sich bestens bewährt.

Die Polizeiasspirantinnen und -aspiranten besuchen heute die Grundschule der Kantonspolizei Zürich, und die zukünftigen Berufsfeuerwehrleute absolvieren die Grundausbildung an der höheren Fachschule für Rettungsberufe in Zürich. Diese Zentralisierungen fördern die Ausbildungsqualität und sparen Kosten.

Die Umsetzung des Feuerwehrkonzepts 2010 kann organisatorisch und in Bezug auf die Übernahme von zusätzlichen Aufgabengebieten (z.B. regionale Strassenrettung) als abgeschlossen betrachtet werden. Die Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur erhielt im August 2009 für ihr Qualitätsmanagement die ISO-Zertifizierung.

Mit dem Wandel der Feuerwehr zu einer multifunktionellen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation sind die Anforderungen an die freiwillige Feuerwehr deutlich gestiegen. Auch die Rekrutierung ist schwieriger geworden. Mit diversen Massnahmen wurde die Attraktivität des freiwilligen Feuerwehrdienstes erhöht.

Unter der Leitung der zivilen Gemeindeführung (ZGF) absolvierten die Blaulichtorganisationen und der Zivilschutz jährlich zwei bis drei Stabs- und Einsatzübungen, an denen auch Mitglieder des Stadtrates teilnahmen. Die gewonnenen Erkenntnisse fliessen in das Konzept zur Bewältigung von Notlagen ein. Teilstäbe stellten die Führung im Rahmen der Euro 08 sicher, bereiteten Massnahmen im Falle einer Pandemie vor und trafen Vorkehrungen zur Bekämpfung der pandemischen Grippe H1N1.

Gestützt auf das neue Gesundheitsgesetz hat der Zürcher Regierungsrat entschieden, die Alarmierung der Rettungsdienste des ganzen Kantons, also auch der beiden Bezirke Winterthur und Andelfingen, zu zentralisieren. Er hat "Schutz und Rettung" der Stadt Zürich mit dieser Aufgabe betraut. Sämtliche Sanitätsnotrufe im Kantonsgebiet werden nunmehr von einer einzigen Zentrale entgegengenommen.

Regionales Kompetenzzentrum Winterthur

Die vertiefte Zusammenarbeit in unterschiedlichen Gefässen über die Gemeindegrenzen hinaus hat zur Wahrnehmung von Winterthur als eigenständigem Zentrum beigetragen. Am deutlichsten ist diese Entwicklung an der Ausdehnung des Stadtmarketings zur Standortförderung Region Winterthur erkennbar. Die Formulierung der Stadtmarke Winterthur und die gemeinsame Umsetzung mit der Standortförderung und Winterthur Tourismus haben die Position Winterthurs gefestigt. Das Gleiche gilt für das Engagement im Verein Metropolitanraum Zürich, welcher der Vernetzung von Stadt und Region dient.

Intensive Diskussionen zur interkommunalen Zusammenarbeit fanden regelmässig in diversen regionalen Gremien wie der Regionalplanungsgruppe Winterthur und Umgebung (RWU), der Interessengemeinschaft für eine gerechte Fluglärmverteilung "Region Ost", der regionalen Verkehrskonferenz (rVK) und vielen weiteren statt. Die Zusammenarbeit war auch Thema in bilateralen Sitzungen zwischen den Exekutiven der Regionsgemeinden und dem Stadtrat.

Winterthur konnte in verschiedenen Bereichen als regionales Zentrum gestärkt werden. Zahlreiche Verwaltungseinheiten erbringen Leistungen für öffentliche oder private Körperschaften.

Das Rechenzentrum der Stadt Winterthur bedient derzeit 16 Gemeinden, 10 Werke und ein grosses Schweizer Energiedienstleistungsunternehmen. 33 Gemeinden nutzen den städtischen Druck- und Verpackungsservice. Die Informatikdienste der Stadt Winterthur sind mit ihren Dienstleistungen im Markt anerkannt.

Das Steueramt scannt und digitalisiert die Steuererklärungen von 107 Zürcher Gemeinden. Mitarbeitende der Grundsteuern schätzen für andere Gemeinden Grundstückgewinnbesteuerungen ein.

Die bewährte Zusammenarbeit mit den Gemeinden in den Bezirken Winterthur und Andelfingen im Asylbereich wurde weitergeführt. Mit den Gemeinden des Bezirkes Winterthur-Land sind auf der Basis der Suchtpolitik 2007 bis 2011 neue Vereinbarungen über die Abgeltung der Leistungen im Bereich Prävention und Suchthilfe abgeschlossen worden. Neu initiiert wurde die Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Bezirks Andelfingen innerhalb des kantonalen Netzwerkes für die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Invalidenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und Berufsberatung.

Der Kanton hat mit der Fachstelle für Integration eine Leistungsvereinbarung für die Beratung von Personen und Projektträgerschaften aus den Bezirken Winterthur-Land und Andelfingen abgeschlossen.

Die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP ist bei Angeboten von Massnahmen im Arbeitsmarkt regional gut positioniert. Sie führt Qualifizierungs- und Integrationsprogramme im Auftrag des Kantons Zürichs und des Bundes durch.

Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz ist in 124 Gemeinden für die Lebensmittelkontrolle zuständig.

Das Zivilstandsamt erbringt im Zivilstandskreis Winterthur Dienstleistungen für sämtliche 20 Bezirksgemeinden.

Das Zivilschutzamt leitet die Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung und hat eine Leistungsvereinbarung für die Anlagenwartung im Zivilschutz-Zweckverband Tösstal abgeschlossen.

Die städtische Feuerpolizei betreut für den Kanton die Gebäude mit hoher Personenbelegung auf Stadtgebiet und in verschiedenen Bezirken.

In der Abfallentsorgung sind die Gemeinden Dättlikon, Neftenbach, Brütten, Pfungen, Seuzach, Wiesendangen und Elsau zum Sackgebührenverbund Winterthur und Umgebung zusammengeschlossen.

In der Abwasserentsorgung bestehen Verträge mit dem Abwasserverband Tösstal, Wiesendangen, Rümikon, Kyburg und Brütten.

In den städtischen Sonderschulen Michaelschule und Maurerschule, den Berufsvorbereitungsjahren (ehemalige zehnte Schuljahre) und in der msw-winterthur werden Schülerinnen und Schüler aus einer grösseren Region unterrichtet.

Das Sportamt bietet mit dem Sportpass Interessierten aus Winterthur und der Umgebung ein Generalabonnement für 15 Anlagen in und um Winterthur.

Stadtwerk Winterthur erbringt sehr viele regionale Leistungen, teilweise seit Jahrzehnten (beispielsweise die Wasserversorgung, die Abwasserreinigung und die Kehrichtverbrennung). Neu wurde ab Ende 2007 im Bereich Energie-Contracting die Zusammenarbeit mit den Werkbetrieben Frauenfeld aufgenommen. Die Tätigkeit der InstaControl AG (Sicherheitsprüfungen für Elektroinstallationen) wurde auf Frauenfeld ausgedehnt. Seit 2009 sind die Gemeinden Neftenbach und Pfungen an das Leitungsnetz der Wasserversorgung Winterthur angeschlossen.

Stadtbus Winterthur bedient seit Dezember 2007 zusammen mit der Postauto Schweiz AG die Buslinie Winterthur–Flaach–Rafz.

Die Stadtgärtnerei bietet die Kremation für rund 100 Gemeinden der Kantone Zürich und Thurgau an.

Die Berufsfeuerwehr Winterthur nimmt im Auftrag und auf Kosten der Gebäudeversicherung Kanton Zürich neu als regionales Kompetenzzentrum zusätzlich auch verschiedene Wartungs- und Unterhaltsarbeiten wahr.

Verkehr bewältigen

Die Arbeit an einem neuen städtischen Gesamtverkehrskonzept wurde gemeinsam mit dem Kanton aufgenommen. Bis Mitte 2012 soll der Planungsstand so weit fortgeschritten sein, dass entsprechende Projekte in die zweite Phase der Agglomerationsprogramme eingereicht werden können. Die Südostumfahrung bildete die Basis des regionalen Gesamtverkehrskonzepts 2005. Verschiedene regional geplante Entlastungen hätten die Umfahrungslösung ergänzt. Anfang 2009 musste der Stadtrat im Rahmen von Vernehmlassungen des Bundes zur Kenntnis nehmen, dass diese zentralen Infrastrukturprojekte in den übergeordneten Programmen nicht aufgenommen oder zurückgestellt wurden.

Verschiedene Massnahmen für die Bewältigung und Verflüssigung des innerstädtischen Verkehrs, die im Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) von 2006 vorgesehen sind, wurden und werden sukzessive umgesetzt. Für die wichtigste Massnahme, die Standstreifenbewirtschaftung auf der Autobahnumfahrung, ist seit 2008 allerdings nicht mehr der Kanton, sondern der Bund zuständig.

Basierend auf dem Parkplatzkompromiss 2001 des "Runden Tisches Parkierung" und dem Entwicklungskonzept "Zeughaus-Teuchelweiher" wurden im Herbst 2007 eine Baubewilligung für ein unterirdisches Parkhaus erteilt und eine private Investorin für den Bau und Betrieb bestimmt. Als weitere Grundlage hat der Stadtrat im Februar 2007 das Parkierungskonzept für die Altstadt und den altstadtnahen Raum genehmigt. Ein Vorprojekt für die Oberflächengestaltung des Teuchelweiherareals wurde ausgearbeitet, vom Stadtrat aber als zu teuer befunden. Nun wird eine einfachere Instandstellung und Gestaltung des Platzes projektiert.

Die Behebung des Engpasses im Schienenverkehr zwischen Zürich und Winterthur ist zentral für eine bessere Anbindung der Stadt an den öffentlichen Verkehr. Der Stadtrat hat sich in verschiedenen Gremien dafür eingesetzt. Die Behebung des Engpasses ist teilweise im Programm über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur des Bundes enthalten.

Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt beigetragen haben die neue S-Bahn-Haltestelle Winterthur Hegi, Taktverdichtungen auf mehreren Buslinien sowie verschiedene Massnahmen für die Busbevorzugung (beispielsweise eine separate Busspur auf der Zürcherstrasse).

Die Ergebnisse der Testplanung für die Entwicklungsstudie Zürcherstrasse liegen vor. Die Visionen und räumlichen Konzepte wurden 2008 öffentlich ausgestellt und diskutiert. Die Resultate der Entwicklungsstudie und ein daraus entwickeltes Leitbild mit Massnahmen sollen in die nächste Legislaturplanung aufgenommen werden.

Für den Raum Grüze wurde ein Verkehrskonzept erstellt. Gemäss diesem soll kurz- und mittelfristig auf eine Unterführung St. Gallerstrasse verzichtet werden. Stattdessen soll die Buserschliessung des ehemaligen Industriegebietes vorangetrieben werden. Die Umprojektierung der Kreuzung Industriestrasse/Rudolf-Diesel-Strasse/Scheideggstrasse wurde aufgenommen.

Für die Förderung des Langsamverkehrs wurden verschiedene Projekte realisiert, so etwa der Rad-/Gehweg bei der Station Hegi. Die Schliessung der Radweglücke zwischen der Turmhalden- und der Frobergstrasse wird im Frühling 2010 in Angriff genommen. Die Teilprojekte im Rahmenkredit Stadtraum Bahnhof sind im Übrigen hauptsächlich Vorhaben, die eine Attraktivitätssteigerung für den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr zum Ziel haben.

Der Stadtrat hat Anfang 2008 entschieden, aus Gründen der lokalen Umweltbelastung auf den Hauptlinien am Trolleybus festzuhalten. Damit wird vermieden, dass sich die lokale Luft- und Lärmbelastung im öffentlichen Verkehr erhöht. Mit dem Zürcher Verkehrsverbund konnte ausgehandelt werden, dass dieser die Mehrkosten übernimmt.

Energjestadt und Klimaschutz

Bei der Rezertifizierung als Energjestadt gewann Winterthur 2007 den European Energy Award Gold. Der Stadtrat nimmt seine energie- und klimapolitische Verantwortung wahr und hat sich im Juli 2009 zur Vision einer "2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft" bekannt. Damit nimmt Winterthur zusammen mit wenigen anderen Schweizer Städten eine Vorreiterrolle ein.

In den Jahren 2008 und 2009 hat eine Aktionswoche "Energie bewegt Winterthur" stattgefunden und weit über die Stadt hinaus Impulse für den nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen gesetzt. Dabei hat die Stadtverwaltung zusammen mit der ZHAW, dem Club of Rome, der Blue-Tech und weiteren NGOs wie Myblueplanet und "Filme für die Erde" aufgezeigt, wo und wie Energie gespart und effizient eingesetzt werden kann und welches die Chancen von erneuerbaren Energien sind.

2009 wurde die Veranstaltung "Jetzt – energetisch modernisieren" durchgeführt. Diese bot Informationen für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer mit nützlichen Tipps zur Planung und Finanzierung von baulichen Massnahmen sowie zu Förderprogrammen.

Als Weiterentwicklung der Aktionswochen wurde im November 2009 unter Federführung der Standortförderung Region Winterthur der Verein "Energie bewegt Winterthur" gegründet. Der Verein will unter anderem einen vitalen, zukunftsweisenden Wirtschaftskluster Energie in der Region Winterthur fördern, zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, die Sensibilisierung und Marktentwicklung vorantreiben und Koordinationsstelle für Aktivitäten im Bereich Energie sein. Die Stadt ist Gründungsmitglied des Vereins und im Patronatskomitee vertreten.

2007 wurde der Klimafonds Stadtwerk Winterthur errichtet. Die aus freiwilligen Beiträgen der Stromkundschaft geäußerten Mittel werden zur Förderung wirkungsvoller Massnahmen zur CO₂-Reduktion und zum Klimaschutz eingesetzt. Die Zusammenarbeit mit KMU-Betrieben erfolgt unter anderem im Rahmen des Pilotprojektes "KMU-Programm Energie-Effizienz" sowie mit dem Angebot zur Mobilitätsberatung für Unternehmen.

2008 wurde eine Solardachkampagne gestartet. Innerhalb von lediglich knapp vier Monaten konnten 100 zusätzliche thermische Solaranlagen in Winterthur realisiert werden.

Im Vordergrund des dreijährigen Massnahmenprogramms "Clevermobil" stand die Bewusstseinsbildung für die optimale Verkehrsmittelwahl. Die Marke "Clevermobil" wurde erfolgreich lanciert, verschiedene Veranstaltungen und eine Aktion im Internet wurden durchgeführt. Ausserdem hat sich die Stadtverwaltung in den Jahren 2008 und 2009 an der schweizweiten Aktion "Bike to work" beteiligt.

2008 hat der Stadtrat den Gebäudestandard für energiesparendes und umweltgerechtes Bauen genehmigt. Mit dem Standard wird der Energieverbrauch in den städtischen Liegenschaften gesenkt, und Planungen und Wettbewerbe werden nachhaltig ausgerichtet.

Nachdem Stadtbus Winterthur die Dieselbusse bereits früher umgerüstet hatte, wurden in der Verwaltung alle neuen, mit Diesel betriebenen Geräte und Motoren ab einer Leistung von 18 kW nur noch mit Partikelfilter beschafft. Bei Hoch- und Tiefbauvorhaben der Stadt ist für die Baustellen die strengere, von der Grösse der Baustelle unabhängige Massnahmenstufe verbindlich.

Winterthur nimmt als Energiestadt und Klimabündnis-Stadt Schweiz eine aktive Rolle in den jeweiligen Netzwerken ein. Diese Einbindung ermöglicht einen Erfahrungsaustausch, national koordinierte Aktivitäten und die Teilnahme an Vernehmlassungsverfahren zu umweltrelevanten Themen.

Umsetzung der Wohnungspolitik

Winterthur verzeichnete über die letzten Jahre eine anhaltend hohe Bautätigkeit insbesondere im Wohnungsbereich. Diese widerspiegelt die über lange Zeit gute konjunkturelle Lage im Wirtschaftsraum Zürich sowie die Attraktivität des Standorts Winterthur, welche sich sowohl bei der Wohnungsnachfrage als auch beim Interesse der Investoren bemerkbar macht. Trotz über 2000 neu erstellter Wohnungen in den letzten vier Jahren blieb die Leerwohnungsziffer tief.

In diesem Umfeld starken Wachstums hat der Stadtrat einen seiner Schwerpunkte in der Wohnungspolitik auf die qualitative Entwicklung gesetzt. Bei Neubauten wurde bei der Vergabe städtischen Landes, über planerische Grundlagen und Kontakte mit Investoren Wert auf ein vielfältiges, attraktives Wohnungsangebot gelegt. Beispiele dafür sind die Überbauungen Zelgli-Mattenbach, am Schlossberg oder auf der Schenkelwiese.

Die grosse Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt führte während der letzten Jahre im ganzen Kanton zu einem Druck auf günstigen Wohnraum. In Winterthur steht vergleichsweise viel günstiger Wohnraum zur Verfügung. In den letzten vier Jahren sind auch in diesem Segment neue Angebote entstanden. Der Stadtrat setzt sich denn auch für günstigen Wohnraum ein. Für sozial schwächere Personen, die selber keine passende Wohnung mehr finden, stellt das städtische Büro für Notwohnungen Angebote zur Verfügung.

Die quantitativ und qualitativ steigende Nachfrage nach altersgerechtem Wohnraum hat der Stadtrat im Bericht "Wohnungsangebot im Alter" dargelegt. Über eine altersgerechte Bauweise hinaus sollen private Angebote mit Dienstleistungen ausgebaut werden. Unterstützt wird dieses Bestreben durch eine breite Informationstätigkeit,

aber auch durch die Vergabe von städtischem Land, zum Beispiel an die Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen Gaiwo am Kastellweg.

Im Zuge des Wachstums der ZHAW soll auch für das studentische Wohnen ein ausreichendes Angebot gewährleistet werden. Neben der steigenden Anzahl Wohnplätze des von der Stadt unterstützten Vereins Swowi (Studentischer Wohnraum in Winterthur) befindet sich ein privates Projekt auf dem von der Stadt verkauften Land an der Unteren Briggerstrasse in Realisierung. Ein weiteres Vorhaben an der Bürglistrasse wird im Rahmen einer privaten Gestaltungsplanung unterstützt.

Im Bericht "Erneuerung des Wohnungsbestandes" wurde erheblicher Nachholbedarf bei der Sanierung von Wohnbauten aus der Nachkriegszeit und solchen in Privatbesitz ausgewiesen. Deren Anpassung an die heutigen Bedürfnisse fördert der Stadtrat in planerischen Verfahren und durch Beratungsangebote wie "Immo-Check". Wenn von vernachlässigten Bauten eine öffentliche Gefährdung ausgeht, bleiben Sicherheitsmassnahmen als letztes Mittel. Auch die Liegenschaften im Besitz der Stadt werden fortlaufend erneuert, beispielsweise die Reihenhäuser an der Buchackerstrasse im Jahr 2008. Dabei wird eine sozialverträgliche Ausgestaltung entsprechender Bauprojekte für die Mieterschaft verfolgt.

Entwicklungsimpuls Töss

Das Projekt "Entwicklungsimpuls Töss" hatte Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil Töss zum Ziel. Auslöser waren die Verkehrsimmissionen an der Zürcherstrasse, das zunehmend schlechtere Image des Quartiers und das Fehlen einer Lösung für das Zentrum Töss. Daraufhin gelangten die Quartiervertreter an die Stadt, und im Rahmen einer gemeinsam organisierten Zukunftskonferenz wurden die wichtigsten Aufwertungsstrategien gemeinsam festgeschrieben.

Im Juni 2006 startete die Umsetzung des Projekts. Die Fortführung des partizipativen Ansatzes auch in der Umsetzung stellte eine grosse Herausforderung dar. Die verschiedenen Quartiervereine schlossen sich zur Dachorganisation Töss-Lobby zusammen. Mit dessen Vorstand fanden regelmässige Koordinationsgespräche statt. In der Quartierzeitung "De Tössemer" wurde wiederholt mittels Sonderbeilagen über das Projekt informiert.

Ein wichtiger Erfolg war die Einrichtung des Gemeinschaftszentrums Töss mit der neuen Aussenstelle der Quartierentwicklung im Bahnhof Töss. Der Güterschuppen kann 2010 von den SBB im Baurecht übernommen und definitiv als Quartierraum hergerichtet werden. Die Teilprojekte "Öffentlicher Verkehr", "Erschliessung Dätttau", "100 Lehrstellen" und "Kinder- und Jugendanliegen Schule" wurden im Jahr 2008 mit unterschiedlichen Erfolgen abgeschlossen. Das Teilprojekt "Rad- und Wanderwege" hat einige Netzergänzungen gebracht. Im Folgeprojekt "Leitbild Erholung Tössraum" (ab 2010) ist die Arbeitsgruppe Naherholung wiederum aktiv beteiligt. Die Planung für den Reitplatz als wichtiger Frei- und Erholungsraum wurde im Sinne des Konzeptes "Raum für Bewegung und Sport" und in Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden vorangetrieben. Das Projekt "Töss GIS (Geografisches Informationssystem)" wird 2010 im Netz aufgeschaltet.

Im Projekt "Entwicklungsstudie Zürcherstrasse" wurde ein interdisziplinäres, mehrstufiges Testplanungsverfahren durchgeführt (2007–2009). Das Begleitgremium war mit Vertretungen des Stadtrats und des Kantons sowie mit Delegierten des Quartiers breit abgestützt. Es wurden verschiedene Vorschläge intensiv studiert und öffentlich diskutiert. Der Entwurf für ein behördenverbindliches "Leitbild Stadtraum Zürcherstrasse" ist Ende 2009 in die städtische Vernehmlassung gegangen. Eine öffentliche Vernehmlassung wird im Frühjahr 2010 durchgeführt.

Die Töss-Lobby setzt hohe Erwartungen an die Entwicklung des privaten Gebäudekomplexes Zentrum Töss. Dazu braucht es einen Verkauf an eine erneuerungswillige Investorin. Der Stadtrat bemüht sich weiter um eine Lösung der blockierten Situation.

Im Leitbild sind ergänzende Aufwertungsmassnahmen enthalten (Verkehrsprojekt 1. Etappe, Tössplatz, niveaufreier Bahnübergang und Erweiterung Vorzonen).

Der Entwicklungsimpuls war auf die Dauer dieser Legislatur begrenzt. Die Töss-Lobby und die Stadt sind daran, die inhaltlichen und organisatorischen Fragen für die Zeit nach dem Projektabschluss zu erörtern. Parallel dazu wird eine Projektevaluation durch Dritte durchgeführt. Sie wird eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der Stadt- und Quartierentwicklung und für eine mögliche Lancierung vergleichbarer Projekte in anderen Stadtteilen bilden.

Immobilienmanagement

Die Stadt Winterthur verfügt über einen grossen Bestand an Liegenschaften im Finanzvermögen (Liegenschaften, die nicht von der Verwaltung genutzt werden). Die Qualität entspricht allerdings nicht einem reinen Anlageportfolio und belastet die Laufende Rechnung beträchtlich. Es liegt ein Konzept vor, um das Portefeuille schrittweise zu bereinigen. Der Verkauf von nicht rentablen Liegenschaften, für welche keine bedeutende Planungs- und Entwicklungsstrategie besteht, soll mit Augenmass weitergeführt werden.

Im Gegenzug ist der Stadtrat dafür besorgt, die im Bestand verbleibenden Liegenschaften laufend so zu unterhalten, dass deren Substanz und Ertrag nachhaltig gesichert werden. Während dieser Legislaturzeit wurden drei Restaurantbetriebe saniert. Damit konnte der Pächterschaft die nötige Existenzgrundlage bereitgestellt werden, und die Bevölkerung erhielt ein attraktiveres Gastgewerbeangebot. Im Bereich der Wohnbauerneuerung ist es gelungen, eine fundierte Mehrjahresplanung aufzustellen, welche nun laufend umgesetzt wird. Die ersten vier Wohnliegenschaften konnten der Mieterschaft bereits wieder in saniertem Zustand übergeben werden.

Das Portfoliomanagement für das Finanzvermögen beinhaltet die analytische Aufarbeitung der Liegenschaftenkennzahlen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse. Für den Erwerb neuer Liegenschaften in das Finanzvermögen hat der Stadtrat einen Kriterienkatalog verabschiedet. Unter dem Gesichtspunkt strategischer Zukäufe wurden sechs Liegenschaften erworben. Mit dem Zukauf der Zeughausliegenschaft konnte das Portefeuille mit einem markanten Bau für eine Aufwertung des Gebietes Teuchelweiher/Zeughaus ergänzt werden. Für den Neubau Schulhaus Neuhegi konnte das benötigte Land gesichert werden.

Bei einigen Landwirtschaftsbetrieben der Stadt Winterthur sind die Voraussetzungen für eine existenzsichernde Bewirtschaftung nicht mehr gegeben. Die Stadt hat deshalb alle zwölf Pachtbetriebe einer eingehenden Prüfung unterzogen und eine Strategie entwickelt, wie die Betriebe in Zukunft erhalten und gefördert werden sollen.

Das Projekt "Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)" hat zum Ziel, alle immobilienbezogenen Leistungen in einem Kompetenzzentrum zusammenzuführen. Damit soll eine nachhaltige Steigerung der Effizienz und der Werterhaltung des städtischen Immobilienportfolios erreicht werden. Das Projekt wurde in Phasen konkretisiert, wobei der Stadtrat nach jeder Phase aufgrund einer Nutzwertanalyse über die Fortführung des Projektes entscheiden konnte. Im Dezember 2009 hat der Stadtrat mit der Genehmigung und Inkraftsetzung des Immobilienhandbuchs per 1. Januar 2010 das Kernstück dieses Projektes umgesetzt. Mit diesem modular aufgebauten Instrument werden die Prozesse im Immobilienwesen der Stadt Winterthur schriftlich festgehalten und laufend an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Das Handbuch ist ein wichtiger Wegweiser für die zukünftige Bewirtschaftung der städtischen Immobilien. Als weiterer Bestandteil zum zentralen Immobilienmanagement wird ab dem Rechnungsjahr 2011 das kaufmännische Gebäudemanagement zentral durch den Bereich Immobilien verarbeitet. Mit dieser Massnahme ist es möglich, ohne Zusatzaufwand genaue Kennzahlen zu erarbeiten und diese für die zukünftigen strategischen Entscheide im Portfoliomanagement sowie im Gebäudemanagement einzubeziehen. Zur Un-

terstützung dieses Vorhabens wurde zusätzlich der Aufbau einer zentralen Immobiliendatenbank gutgeheissen.

Chancengleichheit in der Bildung

Das übergeordnete Ziel, die Chancengleichheit zu verbessern, liegt allen laufenden Reformen im Schul- und Bildungswesen zugrunde. Oft sind allerdings die Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien bereits beim Eintritt in den Kindergarten nicht mehr intakt: Ihre motorischen und sprachlichen Fähigkeiten genügen manchmal nicht, um den Start in die Schulzeit erfolgreich zu meistern. Die Nachteile können meist während der Schulzeit nicht mehr aufgeholt werden. Deshalb erarbeitete die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Jugendsekretariat und verschiedenen privaten Fachpersonen das Leitbild und Konzept "Frühförderung in Winterthur". Der Grosse Gemeinderat nahm es zustimmend zur Kenntnis und bewilligte einen entsprechenden Kredit. Das Konzept schafft die Voraussetzungen dafür, dass Eltern und Kleinkinder ihren Bedürfnissen entsprechend unterstützt werden und die Fachstellen eng kooperieren. Damit soll jede Familie mit Unterstützungsbedarf berücksichtigt werden.

Die familienergänzende Kinderbetreuung konnte trotz knapper finanzieller Mittel ausgebaut werden. Als Folge des neuen Volksschulgesetzes wurden die Plätze in Kinderhorten bedarfsgerecht ausgebaut, sodass im September 2009 erstmals keine Wartelisten mehr bestanden. Der Grosse Gemeinderat beschloss im Februar 2009, dass die Winterthurer Schulen grundsätzlich als freiwillige Tagesschulen geführt werden. Seit August 2009 werden fünf Schulen als Tagesschulen geführt. Die meisten anderen passen ihren Betrieb ein bis zwei Jahre später an. Der Bedarf an Krippenplätzen für Vorschulkinder, deren Eltern den vollen Beitrag zahlen können, ist gedeckt. Im Gegensatz dazu fehlen weiterhin subventionierte Krippenplätze.

Die Legislatur war geprägt von den Schulreformen, ausgelöst durch das neue Volksschulgesetz. Der Wechsel von einer separativen zu einer integrativen Ausrichtung der Schule hat begonnen, die Schulleitungen sind eingeführt und eingearbeitet. Der Prozess, der für die Schülerinnen und Schüler eine bessere Schulqualität, für die Lehrpersonen eine bessere Arbeitsqualität und für die Eltern eine bessere Mitwirkung zur Folge haben wird, ist noch nicht abgeschlossen, aber bereits weit fortgeschritten. Als Folge der Einführung von Schulleitungen wurde die Schulbehördenstruktur reorganisiert. Am 27. September 2009 stimmten 79 Prozent der Stimmbevölkerung der Schulbehördenreorganisation zu. Damit werden bei den Erneuerungswahlen 2010 verkleinerte Kreisschulpflegen gewählt.

Perspektiven für die Jugend

Die Stadtverwaltung bietet derzeit insgesamt 249 Lehrstellen in 30 Berufsbildern an. Die Zahl der Lehrstellen konnte seit 2006 um 63 erhöht werden. Das vielfältige Sport- und Freizeitangebot, das die Stadt der Bevölkerung zur Verfügung stellt, hilft den Jugendlichen bei ihrer Entwicklung. Die Angebote für diejenigen Jugendlichen, welche auf besondere Unterstützung angewiesen sind, wurden zielgerichtet um- und ausgebaut.

2007 wurde mit dem Projekt "Trampolin" ein neues Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene an der Schwelle zwischen Schule und Beruf geschaffen. Es ist sozial-pädagogisch ausgerichtet und hat den Einstieg in die Arbeits- und Bildungswelt oder in ein Integrationsprogramm zum Ziel. Neben Beratung und Coaching wird auch eine Tagesstruktur geboten. "Trampolin" bietet 25 Plätze und wird gemeinsam mit der Hilfsgesellschaft getragen. Es schliesst eine Lücke in der Angebotspalette für Jugendliche, die den Übergang von der Schule in die Ausbildung ohne Hilfe nicht schaffen.

Bei den Sozialen Diensten wurde eine Fachstelle für junge Erwachsene eingerichtet und im Jahr 2008 ausgebaut. Durch die sich verschlechternde Wirtschaftslage sind

insbesondere die jungen Erwachsenen stark von Arbeitslosigkeit und somit sozialer Desintegration bedroht.

Für schulisch schwache Jugendliche wurden zusätzliche Basislehrplätze (Attestausbildungen) geschaffen. Seit März 2008 stehen im Restaurant Römerpark 15 Plätze für Restaurations- und Küchenangestellte zur Verfügung. Im Sommer 2009 haben fünf von sechs Lernenden ihre Lehrabschlussprüfung mit Erfolg bestanden, fünf Lernende bleiben für das zweite Lehrjahr im Römerpark und zehn Jugendliche aus Winterthur haben ihre Ausbildung neu begonnen.

Mit der Reform der Brückenangebote, d.h. der zehnten Schuljahre, soll der Einstieg in eine Berufslehre verbessert werden. Die Neuorientierung der Berufswahlschule, der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule und der Werkjahrschule ist eingeleitet worden. Die Zusammenarbeit mit dem Lehrstellenmarkt wurde verstärkt. Ein neu entwickelter Berufswahlfahrplan bereitet die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrpersonen und die Lehrstellen anbietenden auf den Übergang von der Oberstufe in die Berufswelt vor.

Auf Initiative von Schülerinnen und Schülern, die im Rahmen des Projekts Töss 100 neue Lehrstellen gefordert hatten, wurde ein Lehrstellenmarketing eingerichtet. Seit Frühling 2008 ist ein Lehrstellenförderer damit beauftragt, insbesondere Lehrstellen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) in Gewerbe und Verwaltung zu generieren.

Das Ziel, dass am Ende der obligatorischen Schulzeit alle Jugendlichen eine Anschlusslösung haben, wurde praktisch erreicht: Eine Umfrage unter allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern ergab, dass im September 2009 von total 538 Befragten nur zwei gar keine Beschäftigung ausübten. Die erfreuliche Bilanz ist die Folge verschiedener Massnahmen der Berufsberatung, des Lehrstellenmarketings, der Schulen und Berufsvorbereitungsjahre.

Soziale und berufliche Integration

Im Sozialdepartement ist ein Steuerungsausschuss Arbeitsintegration gebildet worden. Es wurden Strategien zu Arbeitsintegration von jungen Erwachsenen sowie von über 25-Jährigen erarbeitet.

Im Rahmen des Programms "Haushaltsanierung 2007" ist das Projekt "Arbeitsintegration und Arbeit statt Fürsorge" lanciert worden. Verschiedene Teilprojekte konnten abgeschlossen werden.

Die Schaffung von Teillohnstellen in der Privatwirtschaft konnte von einer Pilotphase in ein ständiges Programm überführt werden. Rund 20 Teillohnstellen werden in der Stadtverwaltung angeboten. Ebenfalls durch Mitwirkung der Stadt erfolgte eine zusätzliche Erhöhung des Angebotes an Teillohnstellen bei der Gründung der Dock Winterthur AG – einer Tochterfirma der Stiftung für Arbeit St. Gallen – in Kooperation mit den Gemeinden des Bezirks Winterthur-Land. Die Erfahrungen mit Teillohn-Arbeitsplätzen sind positiv. Das Angebot hat sich bewährt und fördert Kompetenzen und Vermittlungsfähigkeit durch konkrete Arbeitserfahrungen und Arbeitstraining. Das Teillohn-Angebot umfasst rund 120 Einsatzplätze in der Wirtschaft, in der Stadtverwaltung und in KAP-Betrieben und privaten Sozialfirmen.

Das neue Angebot "Kompass" bietet 15 Erwachsenen Platz für eine einmonatige Abklärung der beruflichen und persönlichen Situation. Das Angebot "Work-in" zur Förderung der beruflichen Integration, in dem städtische und kantonale Mitarbeitende der Sozialen Dienste, der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und der KAP eng zusammenarbeiten, wurde konzeptionell überarbeitet. Die Projekte der Stadt Winterthur wie auch "Passage", das neuen Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern kurzfristig eine Beschäftigungsmöglichkeit anbietet, finden eine hohe Beachtung in der Fachwelt und andern Städten und werden von diesen zum Teil übernommen.

Das kantonale Projekt MAMAC (Medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments mit Case Management) der Interinstitutionellen Zusammenarbeit läuft auch in Winterthur. Es

will Personen mit komplexen Mehrfachproblematiken dank einer Zusammenarbeit von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe künftig rascher wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.

In einer Studie von Econcept wurden der finanzielle Nutzen und die Wirksamkeit von Massnahmen zur Arbeitsintegration analysiert. Die Studie zeigt, dass die Programme für Sozialhilfebeziehende eine hohe Wirkung haben und sich für die Stadt auch finanziell lohnen.

Das Angebot an niederschweligen Beschäftigungsmöglichkeiten konnte ausgebaut werden. In der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 wurde die Ausweitung des Tagelohnprogramms des Vereins Läbesruum gutgeheissen. Seither hat der Läbesruum das Arbeitsplatzangebot kontinuierlich ausgebaut, vor allem mit dem Bauernhof in Ohringen, sodass für die Sozialhilfebeziehenden viel mehr Arbeitseinsätze vergeben werden können.

Im Rahmen des Projekts "Merkur" wurde auch das Angebot für Tagesstrukturen in der Anlaufstelle für Randständige DAS erweitert. Am neuen Ort an der Zeughausstrasse 76 wird mit dem Aussenraum und den zusätzlich nutzbaren Nebenräumen mehr Platz und Aufenthaltsqualität möglich sein, und es können zusätzliche Beschäftigungsplätze und andere Aktivitäten angeboten werden.

Altersplanung

Als Instrument für die Steuerung und Planung des Angebotes für ältere Menschen in der Stadt Winterthur dient dem Stadtrat die Altersplanung, welche 2001 definiert und 2005 den aktuellen demografischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst wurde. Davon ausgehend erarbeitete man 2006 einen "Ausführungsplan Altersplanung Stand 2005". Er enthält konkrete Empfehlungen für 16 Themenschwerpunkte und Massnahmen, welche den Bezug zur Altersplanung herstellen.

Dementsprechend ist während der Legislatur zwei Mal ein Demografiebericht publiziert worden, der eine gute Grundlage für die Planung liefert. Darauf aufbauend hat der Stadtrat strategische Leitlinien für die künftige Angebotsplanung verabschiedet. Die Stadt setzt sich dafür ein, dass eine durchgehende Angebotskette besteht, die alle Bedürfnisse von älter werdenden Menschen abdeckt.

Das Netzwerk mit Privaten konnte im Rahmen des Altersforums weiter gestärkt werden. Gemeinsam führte man Fachtagungen durch und veröffentlichte Broschüren.

Es wurde ein Konzept zu "Wohnen im Alter" entwickelt. Verstärkt sollen Anstrengungen unternommen werden, um Private für Investitionen im Bereich Alterswohnungen zu gewinnen. Daneben erstellte und veröffentlichte man den Ratgeber "Zu Hause älter werden – komfortabel und sicher".

In den städtischen Alterszentren wurde das Angebot angepasst. Neu können in allen Alterszentren pflegebedürftige Personen bei Bedarf aufgenommen werden. Zudem konnten neue externe Angebote realisiert werden, teilweise unterstützt durch die Stadt: Zwei neue Pflegewohngruppen mit je acht Plätzen durch den Verein Pflegewohngruppen und ein neues Wohnangebot der Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen GAIWO. Die Projektierung der notwendigen Gesamtsanierung des Alterszentrums Adlergarten kann bis 2010 abgeschlossen werden.

Die Spitex als wichtigste Anbieterin ambulanter Dienstleistungen baute das Angebot kontinuierlich aus. Die früher durch die Pro Senectute erbrachte Haushilfe ist erfolgreich in die Spitex integriert worden. Mit den kantonsweit tätigen Spitexanbietern für die Spezialgebiete "Kinder" und "Onkologie" sowie mit gemeinnützigen lokalen Spitexanbietern wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Bei allen getroffenen Massnahmen wird konsequent die Strategie "ambulant vor stationär" umgesetzt.

Der Zielsetzung, das Potenzial von gemeinnützigem Engagement zu Gunsten von Betagten vermehrt und besser zu nutzen, dient ein neues Konzept für die Freiwilli-

genarbeit. Mit dem neuen Ressort Freiwilligenarbeit wurde die Organisation professionalisiert. Es konnten neue Freiwillige rekrutiert werden, und ein weiterer Ausbau ist geplant.

Ein neu geschaffenes Ethikkonzept für den Bereich Alter und Pflege setzt sich auch mit Fragen um Sterben und Tod auseinander. Es bietet konkrete Handlungsanleitungen für ethische Fragen im Alltag der Pflege und Betreuung von älteren Menschen.

Die Integration der neuen Berufe im Gesundheitswesen (Fachangestellte/r Gesundheit und Fachangestellte/r Betreuung) ist umgesetzt worden. Für die neu ausgebildeten Berufsleute wurden sinnvolle Einsatzmöglichkeiten innerhalb des Betreuungsalldages gefunden, die ihrer Qualifikation entsprechen. Die Gesundheitsberufe wurden neu in drei Funktionen eingeteilt, und alle Mitarbeitenden wurden den Funktionen gemäss in die Lohnklassen eingereiht.

Natur- und Erholungsräume aufwerten

Die erste Etappe des Eulachparks in Neuhegi ist gebaut, und der Park mit der naturnah gestalteten Eulach wird bereits rege genutzt. In Veltheim wurde die Umgestaltung des Juchparks abgeschlossen. Die Neugestaltung des Brühlgutparks befindet sich in der Bauphase. Die Schenkelwiese Nord ist mit einfachen Mitteln in eine öffentlich nutzbare Erholungsanlage umgestaltet worden. Mehrere Kinderspielplätze konnten saniert oder neu erstellt werden. Für den Stadtteil Töss hat man ein Freiraumkonzept erarbeitet. Die Umsetzung des Alleenkonzepts als wichtiger Teil zur Vernetzung von Grünräumen wurde fortgeführt. Schwerpunkte waren das Entwicklungsgebiet Neuhegi und die St. Gallerstrasse. Rund 230 zusätzliche Alleebäume wurden gepflanzt.

Das kommunale Naturschutzinventar konnte um 18 Naturschutzobjekte mit einer Gesamtfläche von 552 Aren und acht Landschaftsschutzobjekte ergänzt werden und umfasst neu 211 Objekte. In der Folge wurden für die neuen Naturschutzobjekte Detailinventare erstellt. Die Naturschutzkommission erarbeitete eine Strategie mit detaillierten Umsetzungszielen und Massnahmen für die nächsten zehn Jahre.

Ergänzend zum Vernetzungsprojekt "Iberg/Eidberg" sind die Vernetzungsprojekte der im Naturschutzkonzept definierten Landschaftsräume Dätttau, Taggenberg und Reutlingen/Stadel erarbeitet worden. Bei Neuburg hat man eine Magerwiese im Ausmass von 185 Aren angelegt und, im Zusammenhang mit dem Projekt "Pünten Riet", einen Weiher mit einer Fläche von 117 Aren. Die Naturschutzobjekte "Chöpfi", "Berenberg", "Taggenberg", "Rotaryweiher" und "Häsental" wurden durch gezielte Eingriffe und teils Erweiterungen aufgewertet. Grosse und wertvolle Flächen entstanden mit der Revitalisierung des Dättnauerbachs und mit der Renaturierung des Lantig.

Folgende Bäche sind ausgedolt und revitalisiert worden: der Dättnauer-, der Taggenberg- und der Steglitobelbach sowie der Oberseener und der Veltheimer Dorfbach. Für weitere vier Gewässer sind Revitalisierungsprojekte in Arbeit. Die Eulach wurde an zwei Stellen aufgewertet und der Bevölkerung zugänglich gemacht.

Grosse Anstrengungen mussten und müssen bei der Bekämpfung des Feuerbrandes und invasiver Neophyten, insbesondere der Ambrosia, unternommen werden. Generell wird die adäquate Pflege der naturnahen Flächen einen dauernden, tendenziell zunehmenden Arbeitsaufwand bedingen. Die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich tätigen Naturschutzvereinen konnte verbessert werden und soll weiter institutionalisiert werden.

Mit der kantonalen Fischerei- und Jagdverwaltung wurde ein Projekt zur Strategieentwicklung bezüglich der Wildlebensräume in den Winterthurer Wäldern gestartet. Ergebnis des Projekts wird die gezielte Lenkung des Erholungs- und Freizeitbetriebes im Wald sein.

Die Leitidee des Wildparks Bruderhaus ist es, Natur und Tierwelt als Teil der Kulturlandschaft erlebbar und begreifbar zu machen und dabei Information über Tierbedürfnisse in der freien Wildbahn und in menschlicher Obhut zu vermitteln. Die 2008 ein-

geweihte neue Wolfsanlage und die neue Przewalskipferd-/Mufflonanlage sind Teil der Umsetzung des Entwicklungskonzepts 2020. Im Rahmen des Verkehrskonzepts Eschenberg–Bruderhaus ist der Wildpark seit dem Frühjahr 2009 an Mittwochnachmittagen und Wochenenden im Halbstundentakt mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar.

Kulturmeile Winterthur

Um das hochkarätige Kulturangebot bekannter und attraktiver zu machen, sind verschiedene Massnahmen eingeleitet worden. Es handelt sich um qualitative (Museumskonzept), infrastrukturelle (Sanierung und Erweiterung des Museums- und Bibliotheksgebäudes) sowie städtebauliche Massnahmen (Stadtlicht, Fussgängerleitsystem).

David Streiff, der ehemalige Direktor des Bundesamts für Kultur, wurde von der Stadt beauftragt, ein Museumskonzept zu entwickeln. Es soll den Kunstsammlungen der Stadt Winterthur zu einer öffentlichen Wahrnehmung verhelfen, die ihrer Bedeutung angemessenen ist. Das Konzept zeigt auf, wie die inhaltlichen Profile geschärft und wie auf betrieblicher Seite eine gesamthafte Professionalisierung durch eine Neuorganisation herbeigeführt werden kann.

Die Ausgangslage ist wegen historisch gewachsener Strukturen, heterogener Trägerschaften und unterschiedlicher Grade an öffentlich-privaten Partnerschaften komplex. Es bestehen Einschränkungen durch Stiftungsurkunden, der Professionalisierungsgrad der Häuser ist unterschiedlich, und es sind bauliche, infrastrukturelle und personelle Anpassungen erforderlich.

Der Bericht zum Museumskonzept wurde vom Stadtrat im Juni 2009 verabschiedet und publiziert. Für die Umsetzung wurden zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern der privaten Trägerschaften Arbeitsgruppen gebildet. Die Umsetzung wird etappiert. Als erste Etappe erfolgen der Umbau der Villa Flora und deren Eingliederung in den Kunstverein. Hier sind bereits Vorarbeiten geleistet worden. Villa Flora und Kunstverein haben zudem eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Für das Museum Lindengut, das am Ende der Kulturmeile liegt, wird gemäss dem Kulturleitbild des Stadtrates ein neues Betriebskonzept entwickelt. Es wurde geprüft, wie die Schlösser Hegi und Mörsburg einbezogen werden können.

Um das Schloss Hegi öffentlich zugänglich zu machen, werden infrastrukturelle Massnahmen in Absprache mit dem Ortsverein Hegi getroffen. Der Garten steht seit Frühling 2009 der Öffentlichkeit zur Verfügung. Als nächste Etappe soll die soziokulturelle Nutzung der Räume ermöglicht werden.

Mit der Sanierung und Erweiterung des Museums- und Bibliotheksgebäudes wurde im Herbst 2008 begonnen. Die Arbeiten kommen planmässig voran und werden im Herbst 2010 abgeschlossen.

Stadtlicht Winterthur

Die Gestaltung und Qualität der Beleuchtung sind für das Gesamtbild und die Ausstrahlung der Stadt von wesentlicher Bedeutung. Eine gute Beleuchtung von öffentlichen Anlagen, Platzräumen, Monumenten und Parks trägt zur Aufwertung, Sicherheit und Belebung der Stadt bei und nützt der Bevölkerung, dem Gewerbe und dem Tourismus.

Ein Gesamtkonzept "Stadtlicht Winterthur" wurde erstellt und ein Projektwettbewerb durchgeführt. Die Steuergruppe Stadtlicht Winterthur kontrolliert und optimiert laufend die Umsetzungen.

Ende 2008 wurde die neue Beleuchtung des Eulachparks (1. Etappe) in Betrieb genommen. Die Umrüstung der Altstadtleuchten ist abgeschlossen. Die neue Technik

zeigt sich bezüglich Stadtgestaltung in bestem Licht und spart rund 30 Prozent Energie. Im September 2009 wurde das Pilotprojekt "Beleuchtung Storchenbrücke" eingeweiht.

Mit den realisierten und den geplanten Pilotprojekten (Kulturachse, Kesselhaus, Zentrum Rosenberg) wird die Identität von Winterthur gestärkt. Bedeutende Objekte werden in ihrem städtebaulichen Zusammenhang aufgewertet. Das Projekt "Stadtlicht Winterthur" leistet einen guten Beitrag zur Verbesserung der Orientierung, des Wohlbefindens und des Sicherheitsgefühls.

Dem Anliegen, die Verschmutzung des Nachthimmels durch Streulicht zu reduzieren sowie allgemein zu einem nachhaltigen, die Umwelt und Energie schonenden Einsatz von Licht beizutragen, wird in den Projekten so weit wie möglich Rechnung getragen.

Kundenorientierte Verwaltung

Der Stadtrat will mehrere Hundert Arbeitsplätze der Stadtverwaltung im Vorhaben Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte zusammenführen. Er hat diesen Standortentscheid dem Grossen Gemeinderat im November 2009 zum Beschluss unterbreitet. Der Superblock ist am besten geeignet, um die Ansprüche der Bevölkerung an eine zeitgemässe und effiziente Verwaltung langfristig zu erfüllen.

2007 und 2009 wurden repräsentative Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. 2009 konnten die guten Ergebnisse der Befragung von 2007 sogar noch verbessert werden. Die städtischen Mitarbeitenden werden als sehr freundlich, effizient, kompetent und dienstleistungsorientiert wahrgenommen. Von den Befragten, die in den letzten sechs Monaten mit der Stadtverwaltung zu tun hatten, fühlten sich deren 86 Prozent im schriftlichen Kontakt und 83 Prozent im telefonischen Kontakt mit ihrem Anliegen ernst genommen. 73 Prozent fühlen sich gut oder sehr gut über städtische Angelegenheiten informiert.

Auch verschiedene Kundenbefragungen haben erfreuliche Resultate ergeben. So lieferte etwa im Oktober 2008 eine Kundenbefragung über die Zufriedenheit mit den Dienstleistungen im Baubewilligungsverfahren ein mehrheitlich gutes Gesamtergebnis. Anfang 2009 zeigte eine Kundenbefragung, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer mit der Abfallentsorgung sehr zufrieden sind.

Der Ausbau des E-Government-Angebotes auf der städtischen Homepage entspricht einem offensichtlichen Kundenbedürfnis. Die Nutzung der Onlineformulare hat permanent zugenommen, von rund 20'000 Mal im Jahr 2005 auf über 35'000 Mal im Jahr 2008. Das E-Government der Stadt Winterthur ist im Vergleich mit anderen Schweizer Städten führend. Das Portal oder einer der Sub-Auftritte wurden 2008 5,58 Millionen Mal besucht (2007: 4,32 Millionen).

Für die Kundenorientierung der Verwaltung zentral sind kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb haben Personalmassnahmen einen hohen Stellenwert.

Mit der "Personalrechtsrevision 2006/07" wurde das Personalrecht weiterentwickelt. Die Revision brachte Änderungen beim Kündigungsschutz und bei der Abfindungsregelung. Sodann wurden neu die Änderungskündigung geregelt, mehr Flexibilität beim Anfangslohn und der Lohnentwicklung gewährt und die Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall verbessert. Der bezahlte Vaterschaftsurlaub wurde auf zehn Tage ausgedehnt.

Im September 2007 führte der Stadtrat das seit 2005 versuchsweise betriebene Case Management definitiv ein. Es wird im Auftrag des Personalamts von einer externen Firma durchgeführt und vom Personalamt zentral koordiniert. Im Dezember 2008 erliess der Stadtrat für die ganze Stadtverwaltung verbindliche Weisungen zum Absenzenmanagement.

Zu den vom Stadtrat im November 2007 beschlossenen prioritären Projekten und Massnahmen im städtischen Human Resource Management gehört die gezielte Weiterentwicklung des Schulungsprogramms. Im August 2008 erliess der Stadtrat zudem ein Weiterbildungsreglement.

Als Beitrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung und kundschaftsorientierten Verwaltung erklärte der Stadtrat die Stadtverwaltung und die öffentlich zugänglichen städtischen Gebäude ab dem 1. Januar 2008 für rauchfrei. Das betriebliche Gesundheitsmanagement soll in den nächsten Jahren gezielt aufgebaut und weiterentwickelt werden.

Im Rahmen von zwei Projekten wurden die strategische Ausrichtung und personelle Dotation des Personalamts sowie die Organisation der dezentralen Personaldienste durch eine externe Firma untersucht. Der Bericht dient dem Stadtrat als Grundlage für weitere Entscheide über die Ausrichtung des Personalmanagements.

Der Stadtrat hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Frauenanteil auf allen Stufen sowie den Nachwuchs von Frauen im Kader mit verschiedenen Massnahmen gefördert. Zu nennen sind die Einführung des Vaterschaftsurlaubs, öffentliche Veranstaltungen zum Thema "Familie und Beruf", Netzwerkgruppen für Kaderfrauen und die Einführung der Gleichstellungsstatistik.

2008 wurde erstmals eine flächendeckende Befragung des städtischen Personals durchgeführt. Sie hat gezeigt, dass die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrer Arbeitssituation sehr zufrieden sind.

Effizientes Management

Seit 2006 ist die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) bis auf die Volksschule in der ganzen Stadtverwaltung Realität. In der Volksschule soll WoV mit dem Budget 2011 eingeführt werden. Am 29. November 2009 sagten die Stimmberechtigten der Stadt Winterthur deutlich Ja zur definitiven Einführung von WoV und der entsprechenden Parlamentsordnung.

Mit WoV wird die Aufgabenerfüllung über die parlamentarischen Zielvorgaben und die Globalkredite gesteuert. Mit der Einführung des neuen Budgetprozesses in der Verwaltung wird der Stadtrat zu einem sehr frühen Zeitpunkt in den Budgetierungsprozess einbezogen. So ist es möglich, dass die Exekutive der Verwaltung individuelle Budgetierungsziele vorgeben kann.

Die Einführung der Anlagenbuchhaltung auf das Budget 2010 ist problemlos verlaufen. Das war ein weiterer wichtiger Schritt, um die Kosten den Produkten zu verrechnen. Zusammen mit dem zweimal jährlich stattfindenden Controlling und der Hochrechnung verfügt die Stadt über ein ganzheitliches System für die finanzielle Führung. Gerade in der Zeit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise waren diese Instrumente sehr wertvoll. Der erste Budgetentwurf 2010 wies eine grosse Finanzlücke aus. Dank der verschiedenen institutionalisierten Interventionspunkte des Stadtrates konnte diese durch grösste Anstrengungen geschlossen werden.

Mit den verschiedenen neu eingeführten Intranet- und Extranetapplikationen ist es möglich, dass die Daten von der Budgetierung der Produktgruppen bis zur Verabschiedung des Budgets im Grossen Gemeinderat elektronisch dargestellt werden. Dies führte zu einer wesentlichen Vereinfachung des ganzen Prozesses für alle beteiligten Gruppen.

Eine im Jahr 2007 durchgeführte Umfrage beim Grossen Gemeinderat, beim Stadtrat und bei der Verwaltung hat gezeigt, dass man insgesamt mit dem WoV-System zufrieden ist. Einige Punkte müssen noch verbessert werden, wie zum Beispiel die Steuerung der Produktgruppen mit Globalkredit von Null (gebührenfinanzierte Betriebe). Die von der Arbeitsgruppe WoV erarbeiteten Vorschläge können nun von den zuständigen politischen Gremien diskutiert und allenfalls angepasst werden, bevor sie umgesetzt werden.

Dank einem zielgerichteten und nachfrageorientierten Ausbau des städtischen E-Government-Auftrittes konnte dessen Attraktivität weiter gesteigert werden. Durch die Nutzung der Onlineformulare können verschiedene städtische Dienstleistungen auf elektronischem Weg rationell abgewickelt werden, was die Verwaltung stark entlastet.

Im November 2009 haben die Informatikdienste der Stadt Winterthur als erster Informatik-Dienstleister einer Schweizer Stadt die ISO-Zertifikate für Qualitätsmanagement und Informationssicherheit erhalten.

Nachhaltiges Denken und Handeln

Weil die Stadt Winterthur sehr nachhaltig denkt und handelt, hat sie unter anderem 2007 als Energiestadt den European Energy Award Gold gewonnen. Bei der Gebäudewirtschaftung hat der Stadtrat den Gebäudestandard 2008 verbindlich vorge-schrieben. Dieser Standard schreibt unter anderem bei Neubauten das Prüfen des Minergie-P-Standards vor.

Das Vorhaben "Nachhaltiges Denken und Handeln" hat verwaltungsintern zu einer weiteren Sensibilisierung geführt. Im Frühjahr 2009 wurde die neue Fachstelle Nachhaltige Entwicklung besetzt. Drei nachhaltigkeitsorientierte Projekte werden bearbeitet:

Winterthur nimmt teil am nationalen Projekt "Cercle Indicateurs" und der Erhebung von derzeit 32 Kernindikatoren der nachhaltigen Entwicklung. Mit Hilfe dieser Indikatoren kann der aktuelle Stand der nachhaltigen Entwicklung gemessen und Veränderungen können verfolgt und beurteilt werden. Heute liegen für die Stadt Winterthur die Werte für die 32 Kernindikatoren und 13 weitere, Winterthur-spezifische Indikatoren der Jahre 1990 bis 2008 einschliesslich Trendbeurteilung vor. Winterthur schneidet in den Bereichen Umwelt und Wirtschaft im Vergleich mit den anderen beteiligten Städten gut ab.

Das Pilotprojekt "Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB)" mit Erarbeitung eines NHB-Instrumentes wird zusammen mit der Organisation "Sanu, Bildung für nachhaltige Entwicklung" durchgeführt. Für die Nachhaltigkeitsbeurteilung liegt nach zwei depar-tementsübergreifenden Workshops und nach Durchführung von begleiteten Tests ein Winterthurer NHB-Instrument vor. Es umfasst die Kurzbeschreibung des Projektes und eine Relevanzprüfung, die eigentliche Projektanalyse, eine Auswertungsübersicht und eine Zusammenfassung der wichtigsten Auswirkungen. Für die unbegleiteten Tests wurde ein Leitfaden erarbeitet. Eine Verankerung der NHB im Investitionspla-nungsprozess ist in Erarbeitung.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Nachhaltige Entwicklung der ZHAW ist Winter-thur eine von fünf Fallstudiengemeinden für das Projekt "Nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung". Ergänzend zum NHB-Projekt wurde 2008 beschlossen, die Pro-dukte der drei Ämter Umwelt- und Gesundheitsschutz, Stadtpolizei und Feuerwehr in Richtung Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Dieses Ziel wird im Rahmen der The-menstellung "Nachhaltige Entwicklung in der Stadtverwaltung" verfolgt.